



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)**

21 (13.5.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-252979](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-252979)

Nr. 21  
Jahrg. 1

Offizielles Partei-Organ.  
Das Faltenkreuz-Banner erscheint 2 mal wöchentlich u. liefert monatlich eine Festschrift mit 125. Beilagen bei den Postämtern und bei den Briefträgern, sowie beim Verlag, Mannheim, U. 6, 24. - Zahlungs- u. Bestellungen: 4775 Ludwigshafen.



Belegpreis: Die abgegebene Illustrierte-Belegkarte 10 Pfg. Wiederholungsbestellung nach dem Tarif. Nachdruck für Anzeigen: Dienstag und Donnerstag 12 Uhr. - Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, polizeilichem Verbot, Betriebsstörungen, Streik u. s. w. besteht kein Anspruch auf Nachzahlung oder Nachlieferung.

Mannheim  
13. Mai  
1931

Die nationalsozialistische Zeitung der Bezirke Mannheim-Weinheim

# Faltenkreuz-Banner

## Disziplinarverfahren gegen Dr. Heimerich?

**Bankrott der Futterkrippenparteien! Fürchterliche Angst vor der Wahrheit! Ungeheuerliche Etatverschleierungen! Unfähigkeit und Parteilichkeit des roten D.B.! Parteibuchwirtschaft gründlich entlarvt! Aufsehenerregende Enthüllungen über die Mißwirtschaft! Trotz „Artikel 48“ voller Sieg der Nazis!**

### Heberblick:

Wochenlang schon sieht den Mannheimer Regierungsparteien und ihren Steigbügelhaltern die Angst vor der kommenden Abrechnung im Bürgerausschuß in den Knochen. Tagelang wurde hinter verschlossenen Türen beraten, mit welchen Mitteln man die Opposition mundtot machen könne, damit ja nichts von all dem, was in den letzten 13 Jahren „gearbeitet“ wurde, ans Licht der Öffentlichkeit dringe. Welche Taktik werden diesmal die verfluchten Nazis einschlagen? lautete die immer wieder gestellte Frage in ihren Geheimisungen. „Wird es uns gelingen, sie halt zu stellen,“ fragte man sich voller Verzweiflung. Es war ja alles so schön eingefädelt, zu schön allerdings, um in Erfüllung zu gehen. Da hatte man zunächst die Sitzordnung, mit Hilfe der man bestimmt erwartete, daß die „Nazis“ und Kommune sich gründlich in die Haare geraten würden. Ja, es wäre so schön gewesen, den lachenden Dritten zu spielen. Und so mancher der „Bongens“, deren Körperumfang im umgekehrten Verhältnis zur Größe ihrer Gehirne stehen, rechnete im Stillen mit dem erneuten Auszug der Hakenkreuzler aus dem Bürgerausschuß. Wie hätte man sich darüber gefreut! Man wäre so schön unter sich gewesen. Man hätte seine Weisheit so in schönster Ruhe und Ordnung verzapfen können! Man hätte sich an seine schwarzrot-bürgerliche Brust geklopft und vor der bekanntlich ja so willfährigen Presse mit Erfolg den so verantwortungsbewußten Kommunalpolitiker gespielt. Man hätte sich vor der Öffentlichkeit natürlich auch gegenseitig so ein bißchen bekämpft, man wäre — Gott bewahre — nicht in Allem einer Meinung gewesen, denn die Öffentlichkeit wünscht das nicht. Aber wie leicht wäre es gewesen, die NS. als Dummköpfe zu bezeichnen, die sich nur deshalb von der Mitarbeit gedrückt haben, weil sie vom Etat überhaupt nichts verstehen. Zu schade! — Ein Strich ging durch die Rechnung!

War schon die nicht genehmigte Aenderung der Sitzordnung ein Schuß, der wie bei dem heutigen System gegenüber den NS. so üblich nach hinten los ging; so war die so fein ausgeklügelte Aenderung der Geschäftsordnung, mit der man, falls die vorhin angeführte erste Rechnung nicht stimmte, die Opposition zu erledigen gedachte, erst recht ein Schlag ins Wasser. Denn so wenig dem Feigling ein scharfes Schwert helfen kann, ebenso wenig einem unfähigen Oberbürgermeister eine mit jüdischer Raffinesse ausgeklügelte Geschäftsordnung! Und auch das dritte und letzte Mittel (Beschränkung der Redezeit auf ein Minimum), das in Verbindung mit dem zweiten unbedingt helfen sollte, und dessen Ausarbeitung so viel von dem ohnehin so knappen Gehirnschmalz gekostet hat, versagte, versagte restlos, weil die NS. erkannten, was gespielt werden sollte. Und so kam es, daß ein „sozialdemokratischer“ D.B. die Nerven verlor und zwar so gründlich verlor, daß er seine eigene Geschäftsordnung restlos vergaß, ja, daß er sich derart gründlich in Gegenlag zu den bestehenden gesetzlichen Vorschriften setzte, daß auch eine wohlwollende Staatsaufsichtsbehörde nicht umhin können wird, bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich etwas nach dem Rechten zu sehen. Und wenn dieses recht gründlich geschieht, so liegt es nur im Interesse der Großstadt Mannheim... und wenn nichts geschieht!... es gibt ja wohl auch im Zeitalter einer gefesselten Justiz noch deutsche Gerichte und deutsche Richter!!

### Unsere Beschwerde an den Landeskommissär!

An den Herrn Landeskommissär  
vertreten durch Herrn Landrat Dr. Outh-Bender  
Mannheim.  
2. 5. 1931.

**Betrifft: Bürgerausschußsitzung vom 8. Mai 1931.**  
Die Nationalsozialistische Bürgerausschuß-Fraktion ersucht den Herrn Landeskommissär um sofortiges Einschreiten gegen den Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich der Hauptstadt Mannheim, der sich in der gestrigen Sitzung des Bürgerausschußes unglaubliche Versätze gegen die Badische Gemeindeordnung und die Geschäftsordnung des Bürgerausschußes zuschulden kommen ließ.

Wir ersuchen weiterhin Einsichtnahme in das amtliche Stenogramm der gestrigen Sitzung nehmen zu wollen, woraus sich ohne weiteres die Einleitung eines Disziplinar-Verfahrens gegen Herrn Dr. Heimerich mit dem Ziel der Dienstentlassung rechtfertigt.

Wir ersuchen um sofortigen Erlaß einer einstweiligen Verfügung dahin gehend, daß der gestrige „Beschluss“ des Bürgerausschußes, mit dem der Etat „genehmigt“ wurde, rechtsunwirksam wird. Wir behalten uns weitere Uebermittlung von Material vor, falls solches nach Durchsicht des amtlichen Stenogramms noch notwendig sein sollte.

Die Rechtungültigkeit des „Beschlusses“ ergibt sich ohne weiteres schon aus folgender Tatsache: Herr Dr. Heimerich ließ über einen Antrag abstimmen, der bei dem fürchterlichen Tumult im Sitzungssaal von keinem einzigen Mitglied des Bürgerausschußes im Saale verstanden werden konnte. Auch war dieser Antrag in keiner anderen Weise den Mitgliedern des Bürgerausschußes bekannt gegeben worden. Bei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung (zu diesem Antrag) des Stadtrat Dr. Orth (NS.) und des Stadtschrecks (KPD.) wurde von Herrn Dr. Heimerich zugejagt, daß nach Verlesung seines Antrages beide Sprecher zur Geschäftsordnung sprechen könnten. Trotz dieser Zusicherung erfolgte nach „Verlesung“ dieses Antrages keine Worterteilung an die beiden Obigen, sondern (die Mannheimer Presse selbst berichtet, daß seit Bestehen des Bürgerausschußes noch nie ein solcher Tumult geherrscht hat) sofortige „Abstimmung“ und sodann Schließung der Sitzung.

Achtzehn Mitglieder der Nationalsozialistischen Bürgerausschuß-Fraktion sind bereit, obige Tatsachen eidlich zu erhärten.

Die Bürgerausschußfraktion:  
Feil, Stadtrat.  
Kotter, Stadtoerordneter.

Wir bringen nachstehend einen gedrängten Bericht der Bürgerausschußsitzungen vom Mittwoch und Donnerstag und in ausführlicher Weise die historische, uns NS. unvergeßliche Sitzung vom Freitag, den 7. Mai 1931.

### 1. Tag:

### Hitters Brauhemden im Bürgerausschuß. Eine neue Epoche in der Geschichte der Stadt Mannheim.

Punkt 4 Uhr. Tribüne und Sitzungssaal vollbesetzt, nur die NS. fehlen noch. Da öffnet sich die hintere Lüre des Saales und herein marschieren die achtzehn Vertreter des deutsch denkenden und fühlenden Teiles der Mannheimer Bürgerschaft im braunen Ehrenkleid der deutschen Freiheitskämpfer. Einzelne sich aus dem Gros der „Volksvertreter“ hervorragende höhnische Bemerkungen prallen wirkungslos an der eisernen Ruhe und dem festen und sicheren Auftreten unserer Kämpfer ab. Die Plätze werden eingenommen und schon eröffnet der OB. die Sitzung, sofort auf die Tagesordnung eingehend. Zur Debatte steht: „Aenderung der Geschäftsordnung“ (Vergl. Artikel 48 der N. B.). Zunächst das übliche Intermezzo der KPD. Pg. Stv. Quirin lehnt als Mitglied des Stadtoerordnetenvorstandes die Aenderung der Geschäftsordnung ab, da sie den parlamentarischen Regeln widerspreche. — Pg. Stv. Kotter verliest folgende Erklärung:

### Erklärung.

Nur die Wichtigkeit der Etatberatung veranlaßt uns, von der Regelung der Sitzordnung bei der heutigen Sitzung abzusehen. Wir betonen hiermit noch einmal ausdrücklich, daß wir nach wie vor daran festhalten, daß die im deutschen Reichstag übliche Sitzordnung auch für die hiesigen Verhältnisse angewandt wird. Wir behalten uns vor, auf diese Angelegenheit zu gegebener Zeit zurückzukommen.

Nach Begründung der Vorlage durch den Stadtoerordnetenvorstand Juden Dreifuß (Zwischenruf: Maulkorbgesetz, Knebelungsgesetz, das ist ihre Bankrotterklärung, wiederholte Pfuirufe) erhält Stv. Schreck (KPD.) das Wort. Er begibt sich mit einem Bündel Akten zum Rednerpult und leiert in stolischer Ruhe seine Grammophonplatte ab. Mehrmals vom OB. zur Sache gerufen, wird ihm schließlich das Wort entzogen. (Rufe: Weiter reden!) Schreck redet unentwegt weiter. Die Sitzung wird aufgehoben. Die Regierungsparteien verlassen den Saal 1/5 Uhr. Jetzt läßt der OB. die Tribüne räumen, die sich, von einzelnen Käufern abgesehen, bis jetzt sehr ruhig verhalten hatte. Stürmische Protestrufe der Opposition setzen ein. Ein Sprecher ertönt: „Wer hat uns beraten? Die Sozialdemokraten! Wec macht uns frei? Die Hitlerpartei!“ Das Horst Wessel-Lied ertönt die Internationale. Heilrufe erschallen von der Tribüne, die von unseren Brauhemden stürmisch erwidert werden. Bis zur Räumung der Tribüne herrscht eine ungeheure Empörung im Sitzungssaal. Dann tritt etwas Ruhe ein. Schreck spricht weiter, von ständigen ironischen Zurufen der auf ihren Plätzen verbliebenen Nazis begleitet. (Rufe: Schreck, halt jetzt e mool bei Maul! Hastig lang genug geredd, laß mich jetzt e mool rede... Oh Schreck, laß nach!). Als er von den Nazis-kapitalisten sprach, antworteten ihm die Brauhemden, mit

# Am 15. Mai spricht Dr. Goebbels in Mannheim

herzerfröhlichem Gelächter, zeigten ihm ihre leeren Geldbeutel (do, auch neil), sodas Schreck selbst lächeln mußte. Na, schließlich war er am Ende!

Der OB. eröffnet die Sitzung wieder und kündigt Schreck eine Klage wegen Hausfriedensbruch an (woran er wohl selbst nicht glaubt). Das Wort erhält Stv. Wandel (KPD.). Er macht es wie Schreck, spricht über die Redezeit hinaus. Erneute Unterbrechung der Sitzung (5 Uhr). Wenige Minuten später Wiedereröffnung. Die üblichen Ordnungsrufe! Stv. Möckel beantragt Schluß der Debatte (immer die letzte Weisheit dieses sterbenden Systems). Erregter Widerspruch. Zwischenrufe, schließlich Annahme des Antrages gegen die NSDAP und KPD. Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Der OB. weiß nicht recht, was er das Wort erteilen soll. Erneuter ungezügelter Tumult. Die Kommune stimmt die Internationale an. Die Braunhemden antworten mit kräftigen Rechten mit dem Horst Wessel-Lied und erhobenen Händen. Währenddessen (1) läßt der OB. über den Geschäftsordnungsänderungsantrag abstimmen. Er überblickt die erhobenen Hände und stellt mit Befriedigung in seinem kindlichen Gemüte die Annahme des Antrages fest. Pg. Stadtrat Dr. Orth meldet sich sofort zur Geschäftsordnung. Es sei unerhört, in welcher Weise der OB. die Geschäftsordnung handhabe. Die Abstimmung sei selbstverständlich ungültig. Sie stehe im schroffen Widerspruch zur Gemeindeordnung. Ich beantrage namentliche Abstimmung. — Pg. Stv. Fehrmann meldet sich zum Wort. Der OB. ist hilflos, da erneut wüste Tumulte einsehen. Pg. Fehrmann spricht am Rednerpult über die Knebelung der Opposition. Wir bringen keine Rede im Wortlaut. Sie ging im Kobau größtenteils unter.

Die nationalsozialistische Fraktion erblickt in der ungeheuerlichen Verschärfung der Geschäftsordnung, welche durch die beantragte Aenderung des § 19 erfolgen soll, eine neue unerhörte Knebelung der Rechte und Pflichten der Stadtoverordneten. Es ist dies ein neues Maulkorbgesetz, welches sich würdig an die entsprechende Verschärfung der Geschäftsordnung im Reichstag und an die Notverordnung anlehnt.

Wir NS. sind selbstverständlich für Ordnung in den Bürgerausschüssen und halten hierfür die alte Fassung des § 19 für vollständig ausreichend. Es liegt gar keine Veranlassung vor, diesen § zu ändern.

Wir erblicken jedoch in der beantragten Aenderung lediglich eine bequemere Handhabe gegen die nationalsozialistische deutsche Opposition, zu deren Behämpfung wohl die alten Mittel nicht mehr ausreichend sind.

Aber auch diese Kniffe, mit denen das sterbende System noch gerettet werden soll, werden nicht mehr helfen. Auch der „Abbau des Parlamentarismus“, von dem mit Recht der kommunistische Redner gesprochen hat, wird die hungernden und an Steuern verblutenden Schichten des erwachenden deutschen Volkes nicht mehr davon abbringen, nach Recht und Einheit auch bei den Stadtverwaltungen zu verlangen.

Das jüdisch-demokratische System, mit welchem das deutsche Volk seit fast 13 Jahren zugunsten der internationalen Ausgebeuteten, ist am Ende seiner Kunst angelangt. Es hilft nichts mehr. Und genau so wie durch jedes Blutopfer des erwachenden Deutschlands hundert neue Kämpfer in unsere Reihen hineingedrängt werden, genau so wird auch jedes Knebelungsgefecht wie z. B. der vorliegende Antrag letzten Endes dazu führen, daß die Zahl der mit uns sympathisierenden Volksgenossen um Tausende und aber Tausende vermehrt wird.

Wir NS. werden jedenfalls mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür sorgen, daß das herrschende System und die damit eng verbundene Ausbeutung des deutschen arbeitenden Volkes durch die internationale Hochfinanz recht bald und reiflos beseitigt werden. Die täglich steigende Not auf allen Gebieten diktiert uns diese Pflicht.

Euch aber, deutsche Volksgenossen, die ihr hier versammelt seid (von den Juden spreche ich nicht, denn denen geht es immer umso besser, je schlechter es dem deutschen Volke geht) rufe ich zu: Wer nach diesem Aufstand der Bürgerausschüsse sich noch darüber im Zweifel ist, wohin der Kurs führt, der will oder kann nicht gehen. Aber die Zeit drängt und gar bald werden Sie vor der endgültigen Entscheidung stehen, und diese Entscheidung wird heißen: Hakenkreuz oder Sowjetstern.

Während des allgemeinen Tohuwabohu läßt der OB. die Regierungsparteien Mann für Mann zur namentlichen Abstimmung an seinen Platz herantreten und verkündet kurz darauf die Annahme des Antrages. Scharfer Widerspruch. Lärm. Pg. Dr. Orth springt von seinem Sitz auf, meldet sich zur Geschäftsordnung und erklärt erneut, daß die Abstimmung ungültig sei. Er werde wegen der parteiischen Handhabung der Geschäftsordnung Beschwerde beim Landeskommissar erheben. Kleinlaut verkündet der OB. darauf, man könne ja noch einmal abstimmen. Und siehe da, jetzt endlich macht er's richtig. Die Zurechtweisung hatte also doch genügt. Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der NSDAP, deren Vertreter einzeln erklären, daß sie die Abstimmung nicht anerkennen, und der KPD. angenommen. (Pfeifereien, Ordnungsrufe). Pg. Stadtrat Dr. Orth beantragt Wiederherstellung der Öffentlichkeit in namentlicher Abstimmung. Der OB. verliert hier andauernd gegen die Gemeindeverwaltung. Die Tribüne habe sich durchaus ruhig verhalten. Ein Grund zur Ausschließung der Öffentlichkeit liege nicht vor. Der OB. habe nur das Recht, einzelne Zuhörer gegebenenfalls auszuweisen. Der „sozialdemokratische Jude Hirschler“ erklärt den Antrag für ungültig (Zwischenruf: Jowas nennt sich Rechtsanwalt! Rechtsordnungsreher! Lärm und Ordnungsrufe). Schließlich wird der Antrag in namentlicher Abstimmung gegen die Sozis und einen Teil der Bürgerlichen angenommen und die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Zur Debatte steht jetzt die Vorlage 1 b. Sie befaßt im wesentlichen, daß Anträge, deren Durchführung der Stadt Mannheim verminderte Einnahmen oder erhöhte Ausgaben verursachen, nur dann zugelassen werden dürfen, wenn die Deckung nachgewiesen wird.

Pg. Stadtrat Dr. Orth: Die Vorlage ist ein Beweis für den bevorstehenden Bankrott der Stadtverwaltung. Um die wahre Lage der Stadt Mannheim nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, versucht man jetzt die nationale Opposition mit allen erdenklichen Mitteln zu knebeln. Der vorliegende Antrag sei 13 Jahre zu spät eingebracht worden. Er hätte sofort nach dem 9. November in die Geschäftsordnung aufgenommen werden müssen. Dann wäre den Mannheimern oteles erspart und erhalten geblieben. In den vergangenen 13 Jahren aber hätten die schwarz-roten Regierungsparteien nur maßlose Mißwirtschaft getrieben und fast alles das ver-

schleudert und vergeudet, was zuvor durch Fleiß, Tüchtigkeit und Sparsamkeit erarbeitet worden sei. Sie hätten das Geld mit Schuppen und Schaufeln zum Rathausfenster hinausgeschleudert. Fast 10 Millionen seien verbludert worden, allein für Hotel, Ausstellungshalle und OB-Villa. Jetzt sei man am Ende. Aber statt den Bankrott einzugehen, verschärfe man die Geschäftsordnung und suche die Öffentlichkeit auszuschließen. Letzteres ist umso merkwürdiger, als Sie (zu SPD. und Zentrum gewendet) bisher immer in der Öffentlichkeit und in Ihren Zeitungen behauptet haben, wenn die Wähler der Nazis diese beim Arbeiten sehen könnten, hätten sie bald genug. Und jetzt, wo sich die Gelegenheit bietet, in der Öffentlichkeit zu verhandeln, suche man die Wahrheit durch Ausschluß der Öffentlichkeit zu verbergen. Doch das deutsche Volk erwache, es erkenne, wer die Betrüger und Betrüger seien und in kurzer Zeit werden alle ihre Verträge und Geschäftsordnungen nichts mehr sein als ein in Fetzen gerissenes Stück Papier. Stadtrat Dr. Orth ward wegen des Ausdrucks „verbludert“ zur Ordnung gerufen. Stv. Jude Hirschler versucht die Lage Mannheims als günstig hinzustellen. Stadtrat Dr. Orth erklärt trocken: „Ein Jude weiß das ja besser.“ Dr. Orth erhält einen Ordnungsruf, springt auf und meldet sich sofort zur Geschäftsordnung. Nachdem der Jude Hirschler mit seinem Geistes zu Ende ist, erklärt Pg. Dr. Orth: Ich stelle zu wiederholtem Male fest, daß der Vorsitzende die Geschäftsordnung parteiisch handhabt. Mit Befriedigung sehe ich, daß der OB. bereits Antisemit geworden ist, denn sonst könnte er das Wort „Jude“ nicht als Beleidigung empfinden. Gleichwohl beantrage ich namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit des Ordnungsrufes. Empörung bei OB. und Regierungsparteien, ob dieser Störung und Sabotierung der „sachlichen“ Arbeit. Dies nützt jedoch nichts. Wenn diese Herrschaften ihrerseits glauben, die Opposition allein mit der Geschäftsordnung terrorisieren zu können, so irren sie sich. Die NS. ergreifen gründlich mit den Herren „veranmochtensbewußten“ Parlamentariern. Durchaus richtig so! Denn bekanntlich erzeugt Druck Gegendruck und mit dem Druck (Terror) hat ihr begonnen und nicht die Opposition.

Es erfolgt namentliche Abstimmung über die Berechtigung des Ordnungsrufes wegen des Ausdrucks „Jude“. Sämtliche Parteien mit Ausnahme der KPD., die sich der Stimme



„Parlamentarismus“

enthielt (siehe Rufland: 4/5 der Volkskommissare sind Juden) und selbstverständlich der NS. erbildeten in dem Ausdruck „Jude“ eine Beleidigung (Pfeifereien der NS.). Pg. Stadtrat Felt erhält einen Ordnungsruf. Stadtrat Felt: Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister! (Erneuter Ordnungsruf!) Der jüdisch aussehende Stv. Dr. Wollhard (Staatspartei) findet es für notwendig, verächtliche Bemerkungen über die Uniformierungen unserer Kämpfer zu machen. (Erregte Zwischenrufe der NS. Für euch Bonzen ist unsere Uniform viel zu schade.)

Die Vereinigten Gruppen beantragen, die Vorlage 1 b auf 2 Jahre zu besetzen. (Zurufe der NS.: Glaubt ihr denn wirklich, daß euer System noch 2 Jahre hält?) Bei der Abstimmung enthalten sich die NS. der Stimme.

Dr. Helmreich appelliert nach erneutem andauerndem Lärm, Zwischenrufen und Ordnungsrufen an die Vernunft mit dem Bemerkung: „Was wird die Bürgerschaft davon denken (wir NS. wissen, was die Bürgerschaft von der Stadtverwaltung und dem Stadtparlament denkt. Solange die Bonzen unter sich an der Futterkrippe fassen, herrscht Ruhe und Ordnung. Es mußte zwangsläufig zum Krach kommen, nachdem NS. im Parlament sahen, die für Geschwäh, Ruhhandel und Phrasen kein Verständnis haben, sondern als ehrliche Kämpfer brutal und täuschungslos die Interessen des schaffenden deutschen Volkes vertreten.) Das Theater geht weiter, die verschiedenen Vertreter der „Vereinigten Gruppen“ betonen erneut ihre sachliche Mitarbeit und ihr Verantwortungsbewußtsein. SPD. und KPD. geraten sich in die Haare. Es hagelt Zwischen- und Ordnungsrufe. Der Kommunist Wandel wird aus dem Saale gewiesen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der NS. und KPD. angenommen. Der Zusatzantrag der bürgerlichen Gruppen bei Stimmeneinstimmung der NS. abgelehnt.

Es gelangen nun die verschiedenen Vorlagen zur Abstimmung:

Vorlage 1: Straßenerstellung auf dem Pfingstberg. Pg. Stv. Thöng (NS.) erklärt, daß wir grundsätzlich für die Vorlage eintraten, daß wir aber gegen jede Anleihe- und Schuldenpolitik sind. Die Herstellung der Straßen mögen aus Geldern, die aus dem Verkauf von Grundstücken und Bauplänen erzielt werden, finanziert werden.

Stv. Heltlinger (SPD.) regte einen Omnibusverkehr für den Pfingstberg an. (Wie erklärt sich das damit, daß der sozialdemokratische Stadtrat Schneider erst vor wenigen Tagen im Reichstags Ausschuss erklärte: Die Pfingstbergsiedler verdienen keinertes Entgegenkommen der Stadt!)

Vorlage 2: Straßenerweiterung am Reichardamm bei Neustadt. Pg. Stv. Thöng kritisierte auch hier die beabsichtigte Aufnahme von Anleihen und wünscht Auflösung der OB. als A.-G. und Übernahme in die städt. Straßenbahn. Der OB. hält es mit seiner Würde als Vorsitzender für vereinbar, den NS. zuzurufen: Sie würden besser schweigen.

Erregt springt Pg. Stv. Kother auf und erklärt in scharfem Tone: Namens meiner Fraktion muß ich es mir ganz energisch verbitten, uns Belehrungen zu erteilen. Wie sind nicht für Sie da, sondern Sie für uns. Sie werden von uns bezahlt. Werken Sie sich das und stellen Sie sich danach ein! Pg. Dr. Orth erklärt zur Geschäftsordnung, die Vorlage stehe in Widerspruch zur vorhin erst angenommenen Geschäftsordnungsänderung, wonach Ausgaben nur bei Nachweis der Deckungsmittel bewilligt werden dürfen. Anleihen, also Schulden, sind selbstverständlich keine Deckung. Hierauf der OB.: „Sie sind ja so naiv!“

Vorlage 3: Erstellung des neuen Kraftwagenschuppens. Die NS. beantragen die Erstellung aus dem Erneuerungsfonds. Da dieser Antrag keine Abstimmung findet, stimmen die NS. dagegen.

Vorlage 4: Aufhebung der Almendguteigenschaften in den Vororten. Stv. Pg. Marzengel, Seckenheim, lehnt die Vorlage ab, da die Aufhebung der Almendguteigenschaften Sache des Bürgerausschusses und nicht des Stadtrates sei. Die Ermächtigung an den Stadtrat könne er nicht gut heißen, da bei der parteipolitischen Zusammenstellung des Stadtrates und in anbetragt der Schweigepflicht der Mitglieder kein Vertrauen dazu besteht, daß Schädigungen von alten Leuten vermieden werden. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der NS. angenommen.

Vorlage 5: Die Stellung eines stellvertretenden Gemeindevorstehers wird ohne Debatte angenommen.

Vorlage 6: Verwaltung der städt. Wohnungen. Pg. Stadtrat Dr. Orth erklärt, mit der Vorlage stellt sich die Stadtverwaltung ein Amutzzeugnis aus. Die Stadt Mannheim besitzt doppelt soviel Wohnungen als die Gemeinnützige Bau-Vereinsgesellschaft. Wenn eine Vereinfachung der Verwaltung durchzuführen ist, so kann nur die Übertragung der Verwaltung der Häuser der Gem. Bauvereinsgesellschaft an die Stadt. Hausverwaltung in Frage kommen. Ueberdies ist die Gem. Bauvereinsgesellschaft in ihrer Leitung eine rote Domäne, zu der jedes Vertrauen fehlt. Es besteht die außerordentliche Gefahr, daß die aus dem Vertrag sich ergebenden Rechte von der Gem. Bauvereinsgesellschaft nicht in sachlicher, sondern in parteipolitischer Weise durchgeführt werden. Wir beantragen Übertragung der Verwaltung der Wohnungen an die Stadt. Hausverwaltung. Diese sei dann dem Hochbauamt zu unterstellen. Wenn auch die Gem. Bauvereinsgesellschaft ein zu 90 % jüdisches Unternehmen sei, sei dieses als G. m. b. H. durch die veränderte Rechtsgrundlage größtenteils der Aufsicht des Stadtrates entzogen.

Pg. Stv. Kother stellt ebenfalls fest, daß eine G. m. b. H., wie die Gem. Bauvereinsgesellschaft sie darstellt, nach ganz anderen Grundregeln geführt wird als ein städt. Betrieb. Zudem erhalte die Gem. Bauvereinsgesellschaft für die Verwaltung eine außerordentlich hohe Entschädigung. Viele Gelder dürfen der Stadt nicht entzogen werden. Er beantragt namentliche Abstimmung. Pg. Stv. Dr. Orth wünscht Abstimmung über seinen Antrag. Der OB. erklärt, daß solche Anträge nur schriftlich vor Beginn der Sitzung eingereicht werden. Daraufhin ließ sich Pg. Dr. Orth dazu verstehen, seinen schriftlich formulierten Antrag nicht abzugeben (nachträgliche Feststellung: nach § 15 der Geschäftsordnung können Änderungsanträge auch schriftlich während der Sitzung eingereicht werden.) Die Vorlage wird hierauf mit 57 Stimmen (SPD., Zentrum, Co. PD.) gegen die übrigen angenommen. Auch bei den obigen Vorlagen kam es häufig zu Kämpfern infolge des provokatorischen Verhaltens der SPD. und der parteiischen Handhabung der Geschäftsordnung durch den OB. Schluß der Sitzung um 8 1/2 Uhr.

3. zweiter Tag:

Sozialdemokratisch-Bürgerliche Quasifusion. Unerhörte Provokation durch den OB.

Sofort nach Beginn der Sitzung erhält Dr. Orth das Wort zur Geschäftsordnung. Er stellt fest, daß der gestrige Beschluß des Bürgerausschusses betr. Städtischer Hausverwaltung rechtsungültig sei, da der OB. im Widerspruch zu § 15 der Geschäftsordnung einen NS.-Antrag nicht zugelassen habe. Dr. Helmreich bestreitet dies und fügt zu Dr. Orth gewendet hinzu: „Im übrigen ist mir Ihr Urteil nach der Art, die Sie bisher gezeigt haben, vollkommen gleichgültig!“ Zuruf: „Sie führen Ihren Vorfall ja nicht als Oberbürgermeister, sondern als Sozialdemokrat!“

Dies letzte die Entrüstung des OB. ein, der sich nicht genug Selbstlob spenden konnte. Es waren die bekannten sozialdemokratischen Tiraden mit den üblichen Sprüchen von Hoffnungen, Wünschen und Besserwerden, wie wir sie schon 13 Jahre gewohnt sind. Das einzige Positive, was dem oberbürgermeisterlichen Gehirn entsprang, war das Zugeständnis, daß sämtliche Steuerquellen erschöpft sind, nur zu Bürgersteuer (Zwischenruf: „Regiersteuer!“) Runter mit Ihren hohen Gehältern! Sie merken nichts von Noth! können noch Zuschläge erhoben werden. (Zurufe: „Aha!“) So sehen Sie aus! Fangen Sie oben an zu sparen! Interessant ist, daß sich der sozialdemokratische Dr. Helmreich gegen den Beschluß des Stadtrates auf Einführung des 8-Stundentages bei der Straßenbahn wendet und damit seinen roten Genossen, deren Antrag sicherlich nicht ernst gemeint war, eine schallende Ohrfeige erteilt. Nach dem üblichen Appell an den Stadtgeist und Bürgerinn (Zurufe: „Hotel, Parteibuchwirtschaft!“) waren auch diese Phrasen vorüber.

Sodann kommt der jüdische Stadtverordnetenvorstand Hermann Dresch (SPD.) zum Wort. (Zuruf: Der erste Verteiliger.) Auch seine Ausführungen sind das übliche Gejammer nach kommendem Finanzausgleich, nach Steuererhöhungen, nach Verwaltungsreformen, Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Stadtverwaltung. Die 50 Millionen Schulden der Stadt Mannheim erscheinen ihm durchaus erträglich. Irgendwelche Vorschläge weiß er nicht zu machen und schließt unter dem Gelächter der Oppositionsparteien und unter den Zurufen: Wagnentod!

Der jüdische Stv. Dr. Hirschler (SPD.), nebenberuflich Rechtsanwalt, findet es für angebracht, ebenfalls die Finanzlage der Stadt als günstig hinzustellen. (Zuruf: Berufsmaschine.) (Dr. Orth: Was der Jude sagt, interessiert uns nicht. OB.: Herr Orth, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.) Während der Ausführungen des Juden Dr. Hirschler kommt es häufig zu Zwischenrufen und es hagelt Ordnungsrufe. Hirschler ist im Namen seiner Fraktion stolz darauf, den Bau des Stadthotels und anderer „nützlicher“ Bauten (Zurufe: Marzistische Kennzeichen-

bauten) hätten das jüdische vorüber. Dr. Orth: Ich lichte Na Oberbürgermeister über die NS. weg Landes erneut verufen, einen NS. OB.: „S. Dr. n. n. lichkeit gericht. stellung. Bezeich. Verlangen. verlegt. Taktge. auf und lungen. Thöng er hier als spielen. im Kobau. Ordn. NS. Na. Pg. Kother seinem E. nemund. mündlich. OB. hat. Schließlich könne von. nun die r. lärmenden. blüne kau. wieder: Wir Ueber 17. Interess. Bevölker. tragen. Sprechend. Juni zur allge. erscheint. diesem. „durchaus. menslofer. zu hören. satt gewo. dieser. Vertra. ist, mit. bzw. To. betrachten. Nieder. zu dem. dieses O. wir volle. Ca. hren. heutige. heimer S. Gemeindev. heute me. wirtschaft. um dam. verantwo. Abänder. seitens d. uns dara. der Stad. getrieben. bezeugne. nahezu e. nachher t. dann kil. Obstrukti. die Verh. gängig a. rakter n. Stadt. werde. Schuld. gibt u. ihnen. Dur. besseren. internat. Gemeindev. der Selb. ein Hoff. denn ni. daran. ständige. Geschäfts. dinge. werden. Wiederh. verfassung. gemacht. amtliche. bürger. bereits i. gung de. gefeslich. Jahr. U. keine G. Seiten d. schen i. Wi. klärung. Aufmerk. Freiheit.

schaffen  
energie  
für  
begibt.  
Pg. Dr.  
che in  
nungs-  
schu-  
s-  
sind  
: „Sie  
ppens.  
erungs-  
stimmen  
in den  
Vorlage  
die des  
Die Er-  
da bei  
und in  
ertrauen  
ermieden  
Z. ange-  
meinde-  
Stadt-  
Stadt-  
annheim  
ge Bau-  
durch-  
hausver-  
G. m.  
s besteht  
trag sich  
in sach-  
werden.  
r Woh-  
dem  
ausgef-  
leifes als  
stentells  
m. b. S.,  
anderen  
erhalte  
erorden-  
abt nicht  
ag. Pg.  
ginn der  
Dr. Orth  
ag nicht  
g. Ge-  
rend der  
trauf mit  
übrigen  
s ständig  
ens der  
ordnung  
eleien.  
DB.  
das Wort  
Beschluß  
erwal-  
bertrieb  
nicht zu  
fügt zu  
ir Ihr  
gezeigt  
it: „Sie  
ürger-  
cht genug  
ialdemo-  
ffnungen,  
Jahre ge-  
emelter-  
famliche  
zwischen-  
Behältern!  
lage er-  
Fangen  
er sozial-  
uß des  
unden-  
damit  
lich nicht  
ige ver-  
weist und  
schafft!“  
vorhand-  
erte Ver-  
Gejammer  
ngen, nach  
Bürgern  
der Stadt  
Jugend-  
st unter  
Zurufen:  
nderberuf-  
die Fi-  
(Zuruf:  
die sagt,  
die erteile  
ungen des  
rufen und  
er Frak-  
d anderer  
m in die r-

bauten) unterstützt zu haben. (Zwischenruf: Schlemmer-  
frätten für Juden, den Steuerzahlern habt Ihr  
das Geld aus der Tasche gestohlen). Auch dieses  
jüdische Gesätes der sozialdemokratischen Fraktionsgröße geht  
vorüber.

Dr. Orth erhält das Wort zur Geschäftsordnung und stellt  
se. Ich hatte bereits gestern Veranlassung, auf die partei-  
liche Handhabung der Geschäftsführung durch den Herrn  
Oberbürgermeister hinzuweisen. Ich sah mich bereits wegen  
verschiedener Vorfälle im Stadtrat veranlaßt, gegen den Herrn  
OB, wegen partieller Geschäftsführung Beschwerde beim  
Landeskommissär zu erheben. Ich sehe mich hierzu  
erneut veranlaßt. Sie haben mich zur Ordnung ge-  
rufen, weil ich den Stadtr. Juden Dr. Hirscher  
einen Juden genannt habe. Unterbrechung durch den  
OB: „Herr Orth, ich rufe Sie wiederholt zur  
Ordnung.“ Empört ruft Dr. Orth: „Es ist Ihre Partei-  
lichkeit. Der Ausdruck „Jude“ ist keine Beleidigung lt. Reichs-  
gerichtsentscheidung. Gleichwohl wünsche ich festge-  
stellt zu wissen, ob sich Dr. Hirscher durch diese  
Bezeichnung beleidigt fühlt.“ Trotz mehrmaligen  
Verlangens folgt keine Antwort. Der OB erklärt: „Sie  
verleihen hier andauernd das Anstands- und  
Lichtgefühl.“ (Lärm bei den NS.) Pg. Kother springt  
auf und verbittet sich die dauernden Anpö-  
belungen seiner Fraktionskameraden durch den OB. Pg. Siv.  
Thöny erklärt: „Es ist ja unerhört, welche Rolle Sie  
hier als sozialdemokratischer Parteifunktionär  
spielen.“ Die weiteren Bemerkungen des Pg. Thöny gehen  
im Rabau unter. Der OB droht Pg. Dr. Orth beim nächsten  
Ordnungsruf Ausschluß an. Erneuter Krach bei den  
NS. Nachdem einigermaßen Ruhe eingetreten war, erhebt  
Pg. Kother das Wort zu seiner Eistrede: Er beginnt von  
seinem Sitze aus, ab und zu Einblicke in sein Konzept  
nehmend. Hierauf Zurufe von regierungsparteilicher und kom-  
munistischer Seite: „Nicht ableben.“ (Zurufe der NS: Der  
OB hat seine Eistrede von A bis Z abgelesen.)  
Schließlich geht Pg. Kother an das Rednerpult, erklärend, er  
könne von hier aus, auch ohne Manuskript sprechen. Es folgt  
nun die nationalsozialistische Eistrede, die infolge andauernder  
lärmender Zwischenrufe im Sitzungssaal und auf der Tri-  
büne kaum hörbar ist. Wir bringen sie deshalb im Wortlaut  
wieder:

Wir Nationalsozialisten treten neu in diesen Kreis ein:  
Über 17 000 Mannheimer haben uns mit der Vertretung der  
Interessen des deutsch denkenden Teils der Mannheimer  
Bevölkerung beauftragt und uns diese Verantwortung über-  
tragen. Wir sind uns dessen voll bewußt und werden ent-  
sprechend handeln.

Zunächst lassen sie mich einige Worte zur Einleitung  
zur allgemeinen Lage sagen. Von unserem Standpunkt aus  
erscheint es uns als überflüssig und geradezu wertlos, uns an  
diesem „Aurabau zu Babel“ zu beteiligen. Liegt es doch  
durchaus nicht im Interesse der Sehtausende von Einkom-  
menslosen, von hier aus große Sprüche und Agitationsreden  
zu hören. Vom Reden ist bekanntlich bis heute noch niemand  
satt geworden. Dies zum einen — und zum anderen: Zu  
dieser Stadtverwaltung fehlt uns einfach das  
Vertrauen. Eine Stadtverwaltung, die nicht in der Lage  
ist, mit der bisherigen Geschäftsordnung ihren Voranschlag  
bzw. Vorlagen durchzuführen, müssen wir als einen Feind  
betrachten, umso mehr als sie ihren maulkorbartigen  
Niederknüttelungsparagrafen 19 ausgerechnet  
zu dem Zeitpunkt anbringt, in dem wir Nationalsozialisten  
in dieses Gremium einziehen. Für den Paragraphen 15 hätten  
wir volles Verständnis gehabt, wenn man ihn vor zwölf  
Jahren eingeführt hätte. Man hätte damit zweifellos die  
heutige Einkommenslage gepakt. Vom Standpunkt der Mann-  
heimer Steuerzahler aus betrachtet, wäre damit die Marxische  
Gemeindewirtschaft verhütet worden. Nachdem man zum  
heute merkt, daß zu einer Fortsetzung der früheren Ausgaben-  
wirtschaft die Mittel fehlen, bringt man diesen Paragraphen,  
um damit der Öffentlichkeit vorzumachen, als ob die NS.  
verantwortungslos demagogisch wären. Mithin müssen wir die  
Abänderung der Geschäftsordnung als eine Kriegserklärung  
seitens des Herrn Oberbürgermeisters auffassen und wir werden  
uns darauf einstellen. Ein weiterer Teil der Stadtverwaltung,  
der Stadtrat, bewegt sich noch immer in den Bahnen der bisher  
getriebenen Dunkelkammerpolitik. Ich muß es als demagogisch  
bezeichnen, wenn man auf der einen Seite aus Grundlag  
nahezu unsere sämtlichen Anträge im Stadtrat ablehnt, um sie  
nachher teilweise mit verändertem Text wieder vorzulegen, und  
dann läßt behaupten will, wir Nationalsozialisten betreiben  
Obstruktionspolitik. Wir müssen grundsätzlich fordern, daß  
die Verhandlungen im Stadtrat der Öffentlichkeit restlos zu-  
gänglich gemacht werden und nur die Punkte, die ihrem Cha-  
rakter nach dazu geeignet sein können, die Interessen der  
Stadt zu schädigen, müssen der Öffentlichkeit vorenthalten  
werden. Kurz und gut nur die Tatsache, daß hier über das  
Schicksal der Geldbeutel unserer Wähler beraten werden muß,  
gibt uns Veranlassung, die gleiche Luft mit  
ihnen zu atmen.

Durch die Reichssteuergesetze, die nur zum Zweck einer  
besseren Ausplünderung des deutschen Volkes zu Gunsten der  
internationalen Hochfinanz geschaffen wurden, werden den  
Gemeinden die Mittel entzogen, um ihre Rechte und Pflichten  
der Selbstverwaltung erfüllen zu können. Es ist überhaupt  
ein Hohn, heute noch von einer Selbstverwaltung zu sprechen,  
denn niemand der hier Anwesenden glaubt noch im Ernst  
daran. Wir weisen auf die Bürger- und Getränkesteuer, acht-  
stündige Arbeitszeit bei der Straßenbahn und auf die geänderte  
Geschäftsordnung hin. Wir Nationalsozialisten sind unbe-  
dingte Anhänger und Verfechter der Selbstverwaltung und  
werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für die  
Wiederherstellung derselben im Sinne der Steinischen Städte-  
verfassung eintreten, jedoch nicht für das, was andere daraus  
gemacht haben. Der Kernsatz dieser Verfassung ist die ehren-  
amtliche verantwortungsbewußte Mitarbeit aller Gemein-  
bürger und ihrer Vertreter. Wir fordern daher, wie wir es  
bereits im Stadtrat taten, Streichung der Aufwandsentschädi-  
gung der Stadträte bzw. Herabsetzung der Västen auf das  
gesetzlich zulässige Mindestmaß von RM. 1.— je Stadtrat und  
Jahr. Wir betonen ausdrücklich, daß wir mit diesem Antrag  
keine Seite gegenüber den Wählern beabsichtigen, wie dies von  
Seiten der Antragsteller des 20% igen Kürzungsantrages ge-  
schehen ist. Es ist uns verdammt erast darum.

Wir Nationalsozialisten geben heute schon hier die Er-  
klärung ab, daß wir der Gemeindepolitik unsere größte  
Aufmerksamkeit in unserem Kampfe für die innere und äußere  
Freiheit des deutschen Volkes schenken, und sie im Kreise

unserer Bewegung vollständig machen werden. Gehen wir  
nun in großen Zügen ihren Etat durch. Wir können uns  
des Eindrucks nicht erwehren, daß die Stadtverwaltung selbst  
nicht im Ernst an die Möglichkeit der Durchführung des  
Eats glaubt. Uns will scheinen, daß eine Reihe von Vor-  
anschlägen, der eine mehr, der andere weniger, Verlegenheit  
und Hilflosigkeit verraten. Beginnen wir mit den Werken.  
Hier stellen wir fest, daß man zum Beispiel die Gas- und  
Elektrizitätswerke und die Straßenbahn mit Dingen befaßt,  
die selbst bei Voraussetzung eines gewissen Verständnisses für  
die Notlage des Stadthaushaltes nicht das geringste mit den  
Werken zu tun haben. Das „wie“ erfahren sie noch in der  
Spezialdebatte bei der in Frage kommenden Position. Die  
Groß-Berliner Gemeinde-Ereignisse in den vergangenen  
Jahren, wo durch verantwortungslose marxische Mißwiel-  
schaft ganze Elektrizitätsbetriebe usw. der Kompetenz der Ber-  
liner Steuerzahler entzogen wurden und damit jeder Einfluß  
auf Tarifgestaltung (nicht zuletzt die kolossale Schuldenwiel-  
schaft), bestärken uns in unserer Ablehnung ihrer bisher ge-  
pflogenen Etatgewohnheiten. Von dieser Warte wird man  
es verständlich finden, wenn wir die Politik der Ren-  
tabilitätsverschleierung unbedingt ablehnen. Es ist uns Grund-  
satz, daß lebensnotwendige Betriebe als Monopolbetriebe dem  
Einflußgebiet der städtischen Körperschaften nicht entzogen  
werden dürfen. Wir sehen in diesen Dingen ein Mandat,  
um der Bevölkerung die Aufmachung von Aktiengesellschaften  
schmachhaft zu machen. Bei der heutigen Notlage bildet die  
Mobilisierung des städtischen Eigentums in Gestalt von Aktien  
die Riesengafahr und nicht zuletzt die Versuchung, in Zeiten  
der Not Aktienpakete der Hochfinanz für Darlehen zu ver-  
pfänden und die weitere Verschlechterung der Wirtschaft nimmt  
dann der Gemeinde die Möglichkeit, das Aktienpaket jemals  
wieder auszulösen, und die Stadt bzw. die Steuerzahler  
verlieren ihr Eigentum. Dieses zu verhüten, betrachten wir  
als eine unserer vornehmsten Aufgaben. Wenn man die Ent-  
wicklung in den deutschen Gemeinden verfolgt, so kann man  
erkennen, daß das Bestreben der Hochfinanz darauf hinaus-  
läuft, sich auf geräuschlose Art und Weise sich in den Besitz  
deutscher Nationaligentums zu setzen. Weil wir nun einmal  
bei Betrieben und Unternehmungen sind, wollen wir auch  
unser Schmerzenskind: „Rhein-Neckar-Halle und Hotel“ nicht  
vergessen. Ueber den Voranschlag Rhein-Neckar-Halle müssen  
wir zur Tagesordnung übergehen und von der Stadtverwaltung  
verlangen, daß sie einen ernst zu nehmenden Voranschlag  
aufstellt, der mit den wirklichen Aufwendungen in Einklang  
zu bringen ist und uns vor allen Dingen ein klares Bild gibt.

Es befaßt uns genug, daß die Hotel- und  
Ausstellungshalle-Episode in der Mannheimer Stadtge-  
schichte unserer Steuerzahler die Kleinigkeit von „nur“ 10  
Millionen gekostet hat und wohl noch einige Millionen  
weid, wenn man hier nicht schleunigst Remedur schafft.  
Es ist unbedingt zu erwägen, ob man das Hotel nicht zweck-  
mäßigerweise zu dem Arbeitsamt umbauen würde, damit auf  
der einen Seite auf die Dauer die Zuschüsse zur Wirtschaft  
eingespart und auf der anderen Seite die im außerordentlichen  
Voranschlag eingelegten 800 000 RM für Arbeitsamt-Neubau  
für die Stadt eingespart werden könnten.

Bei der Unterhaltung der Schulen ist zu sagen, daß wir  
uns gegen alle die Einsparungen wenden, die auf Kosten des  
Unterrichts und damit der Heranbildung des Nachwuchses  
gehen. Wir können es einerseits nicht verstehen, warum man  
die Schulgelder für die höheren Schulen so kolossal erhöht  
(noch dazu zu einer Zeit, wo man überall Löhne und Ge-  
hälter und Preise abbaut) und damit einem breiteren Be-  
völkerungskreis die Möglichkeit einer besseren Schulbildung  
nimmt und man wieder zu dem Standpunkt gelangt, der  
gerade vor dem Kriege so häufig von den Marxisten ange-  
griffen wurde, nämlich: Man schafft ein Bildungsprivileg  
für die oberen 10 000.“ Für derartige Dinge haben wir nicht  
das mindeste Verständnis. Wir müssen deswegen die Stadt-  
verwaltung ersuchen, Mittel und Wege zu finden, um bei dem  
Kartlsruher Ministerium die Herabsetzung auf einen Betrag zu  
erreichen, der der Gesamtlage der kleinen und mittleren  
Schichten der Bevölkerung angepaßt ist. Auf der anderen Seite  
müssen wir auch hier wiederholen, daß es unverständlich ist,  
daß man die Schulgelderhöhung mit einem Abbau der  
Leistungen bei den Unterrichtsmitteln beantwortet.

Wie bereits früher festgestellt, hatte man für alle mög-  
lichen Dinge Geld im Ueberfluß, nur nicht für den Bau einer  
Handelschule. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß  
die Handelschulverhältnisse in einer Handelsstadt von der  
Bedeutung Mannheims im Regen liegen. Wir weisen  
nur auf die Mädchen-Handelschule auf dem Lindenhof und in  
D 4 hin. Die Lage der Schule im Lindenhof bringt die  
Schülerinnen im Winter in stittliche Gefahr, da bereits mehrfach  
Ueberfälle versucht wurden. Wir können etwas derartiges nicht  
verantworten. Die Lage der D 4-Schule ist so unglücklich  
und für einen Betrieb von der Bedeutung des Handelschul-  
wesens vollkommen ungeeignet, da Schülerinnen und Lehrer  
durch den Straßenbahn- und Autolärm physisch einfach nicht  
imstande sind, dem Unterrichtsgang zu folgen.

Zum Nationaltheater, das — ob heute noch zu Recht,  
wollen wir hier nicht untersuchen — den Ehrennamen Schiller-  
bühne führt, haben wir zu sagen, daß wir für diese Art  
„Kunstbetrieb“ keinen Pfennig der Steuererlöse genehmigen  
können. Man soll sich merken, daß es in Mannheim noch  
welte Kreise gibt, die für sogenannte Werke: Dreigroschenoper,  
Hauptmann von Köpenick und dergl. nicht das geringste Ver-  
ständnis aufbringen. — So wie wir glauben, ist dies der aller-  
größte Teil der Mannheimer Bevölkerung. Wir sind der  
Ueberzeugung, daß man auch mit kleinem Aufwand und ge-  
ringen Eintrittspreisen volle Häuser erzielen kann, wenn man  
wieder bei Dalberg anfängt und dem rein deutschen Kunst-  
empfinden Rechnung trägt.

Ueber das Fürsorgewesen haben wir an dieser Stelle  
grundsätzlich zu sagen, daß wir Nationalsozialisten auf dem  
Standpunkt stehen, daß man den Bedürftigen so viel gibt,  
daß sie auch ein menschenwürdiges Dasein führen können.  
In der Spezialdebatte werden wir das Fürsorgewesen, von  
unserem Gesichtskreis aus gesehen, behandeln.

Eines der Probleme, welches uns besonders am Herzen  
liegt, ist die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den  
Wirtschaftsprozess. Man kann hierzu nicht sprechen, ohne auf  
das bei der Stadtverwaltung jahrelang üblich gewesene Doppel-  
verdiensternum hinzuweisen. Wenn man sich vorstellt, daß eine  
ganze Reihe von höheren städtischen Beamten jahrelang unter  
Billigung der Stadtverwaltung zum Teil ganz erhebliche  
Summen als Nebenverdienst einstredten und auf der andern  
Seite seit Jahren eine nahezu furchtbare Arbeitslosigkeit  
waren in den älteren Angestellten-Kreisen zu verzeichnen  
waren, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob es nicht

möglich gewesen wäre, bzw. nicht möglich ist, einer ganzen  
Reihe dieser älteren Angestellten, wenn es auch nur hunder-  
weis wäre, Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Wir glauben be-  
stimmt, daß es unter den Mannheimer älteren Angestellten  
so qualifizierte Kräfte gibt, die den an sie gestellten Anforde-  
rungen gerecht werden können. Man würde zweifellos viele  
Menschen vor dem Selbstmord oder doch vor der Resignation  
bewahren. Halten wir uns vor Augen, daß allein im Jahre  
1930 zwanzigtausend Deutsche durch Selbstmord aus dem  
Leben geschieden sind. Diese Zahl belaudet das Problem  
der Arbeitsbeschaffung in einer geradezu brutalen Weise.

Bei der Finanzverwaltung müssen wir fordern, daß jede  
Anleihe-Politik zu unterbleiben hat. Man muß sich daran ge-  
wöhnen, durch straffe Organisation der Betriebsmittel und  
Vorforgeschichte dahin zu kommen, daß man alle notwendigen  
Aufwendungen aus dem laufenden Haushalt bestreift. Da  
dieses Einsparung von Provisionen, Zinsen und Zinseszinsen  
bedeutet, die, wie die Erfahrung lehrt, in den meisten Fällen  
größerer Aufwendung als das Kapital selbst bedürfen und  
somit eine wesentliche Verbilligung der Steuerlasten mit sich  
bringen bzw. die Durchführung größerer Arbeiten ermöglichen.

Eines der wichtigsten Kapitel im Etat erscheint uns die  
städtische Personalpolitik, wespwegen wir auch hier am Schlusse  
länger verweilen wollen. Prüft man die einzelnen Ein-  
setzungen bei den verschiedenen Voranschlägen durch, so kommt  
man zu nahezu ungläublichen Vorstellungen über die Ein-  
kommensverhältnisse der städtischen Beamten. Trotzdem wissen  
wir genau, daß die unteren und mittleren Beamten zum Teil  
Einkommen haben, die wegen ihrer Geringfügigkeit nicht zu  
verantworten sind, und auf der anderen Seite eine ganze Reihe  
von Beamten sich in der Gruppe 11, 12 und 13 befinden, die  
wir bei allem Verständnis für Leistungen und Fähigkeiten in  
diesen Gruppen nicht dulden dürfen. Auf die uns bekannten  
Fälle kommen wir in den einzelnen Positionen entsprechend  
zurück. Wir gelangen zu der Ueberzeugung, daß eine gründ-  
liche Prüfung und Ueberholung der Einstufung der letzt-  
genannten Kategorie von Verwaltungsbeamten der Stadt die  
Möglichkeit geben, auf den Einzug der Bürgersteuer verzichten  
zu können. Im selben Zusammenhang sei auch erwähnt, daß  
die Hundesteuer beispielsweise bei ihrer kolossalen Höhe von  
RM 60.— p. a. nicht dazu angetan ist, den Ertrag lukra-  
tiver zu gestalten. Wenn man sich die Voranschläge der  
einzelnen Jahre vor Augen führt, so kommt man zu dem Er-  
gebnis, daß die Hunde in Mannheim allmählich aussterben.  
Es widerspricht dem Gesetz der Menschlichkeit, wenn man  
einem armen Teufel die Möglichkeit nimmt, sich einen ge-  
treuen Vierfüßler zu halten, nur aus dem Grunde, weil der  
Mann den riesenhafte Betrag von RM 60.— für diese Steuer  
einfach nicht aufbringen kann. Es erscheint uns angebracht,  
wenn man die Steuer nicht allgemein herabziehen will, daß  
man diese Steuer wenigstens einer sozialen Staffelung, den  
Einkommensverhältnissen entsprechend, unterwirft.

Im Uebrigen sei bemerkt, daß man im Voranschlag von  
dem durchgeführten 6% igen Gehaltsabbau nicht das Ge-  
ringste verspüren kann. Auch kommt die inzwischen durch-  
geführte Kohlenpreiserhöhung um ca. 10%, sowie der ge-  
waltige in der Letztzeit eingeleitete Preisabbau auf dem Gebiet  
der Materialbeschaffung in diesem Voranschlag überhaupt nicht  
zum Ausdruck.

Es ist abwegig, hier in Mannheim einen Haushalt aus-  
gleich zu wollen, zu einer Zeit, wo der Gesamtmarkt, das  
deutsche Reich, die grauenvollen Auswirkungen einer dreizehn  
Jahre langen rückgratlosen, von parteipolitischen Gesichts-  
punkten getragenen Erfüllungspolitik in einem Maße aus-  
zustraffen hat, die am Bestand des deutschen Volkes rütteln, wie  
es beispiellos in der deutschen Geschichte dasteht. Die Ge-  
meinde ist die kleinste Einheit der Volksgemeinschaft. Wie  
kann sie im Ernst daran denken, in sich geordnete Verhältnisse  
zu schaffen, wenn man überhaupt im Reich im Konkurs-  
verfahren steht. Wir wollen uns doch nichts weis machen, der  
Young-Plan führt uns, das Deutsche Volk, zur weiteren  
Verklaumung und immer in tieferes Elend. Fünf Millionen  
Arbeitslose, eine durch eine wahnsinnige Tributpolitik aus-  
geponerte Wirtschaft sind die Merkmale ihrer fast 13 jährigen  
Regierungstätigkeit in Schönheit, Freiheit und Würde — nach  
ihrem Parteifreund Philipp Scheidemann. Das Versprechen  
haben sie allerdings gehalten: Scheidemann zeigen ihre erstellten  
Gebäude im ausdruckslosen, jersalemer Stil, Freiheit zeigen  
ihre Notverordnungen und Geschäftsordnungen. Den Begriff  
Würde haben die Millionen deutscher Volksgenossen be-  
kommen, die sie nun durch ihre Rückgratlosigkeit um Arbeit  
und Brot gebracht haben, und zu Almosenspendern „ihrer  
Republik“ machten. Solange die Gemeinden nicht in ihrer  
Gesamtheit Sturm laufen gegen die Erfüllungs- und Aus-  
scheidungspolitik der Reichsregierung, solange werden sie keinen  
Haushalt zusammenzimmern, wie er einer Großstadt wie  
Mannheim eigentümlich sein sollte. Dieses kann allerdings  
erst der Fall werden, wenn auf dem Mannheimer  
Rathaus die Hakenkreuzfahne weht!!!

Nach der Eistrede des Stadtverordneten Hahn (KPD.)  
ergriff Stadtr. Dr. Wolpha rd (Staatspartei) das Wort.  
(Wir nehmen unsere Ausführungen vorweg, daß W. zu  
Mannheims größten Nebenverdienern gehört und somit ein  
würdiger Vertreter des demokratischen  
Prinzips ist. W. ist 1. Landtagsabgeordneter, 2. Stadt-  
verordneter, 3. Mitarbeiter an der „Neuen Badischen Landes-  
zeitung“ und endlich im Nebenberuf auch noch Amtsgerichts-  
direktor.) Die ganzen Ausführungen dieses „notleidenden“  
Herrn waren eine einzige unerhörte Anpöbelerei der  
NS. Der OB. fand es nicht für notwendig, den  
Redner zur Sache zu rufen. Zum Etat sprach Dr. W. nicht  
ein einziges Wort. Was er sich an Beschimpfungen  
gegenüber den NS leistete, spottete jeder Beschreibung. Kein  
Wunder also, daß es während seiner „Eistrede“ zu ohren-  
betäubendem Lärm und andauernden Zwischen-  
rufen kam. Als er von seiner Partei sprechen wollte, er-  
schallte stürmisches Gelächter, Zurufe wie: Wo ist denn Ihre  
Partei, die ist ja längst gestorben, sie muß sich wieder  
umtaufen lassen usw. fielen in Menge. Bei seiner Unterstellung,  
die NS hätten keinen Augenblick gezeigt, wie man es  
besser machen könnte, ertönten stürmisches Zwischenrufe: „Ab-  
treten, Platz machen.“ In ungläublicher Weise  
bestimmte er unsere obersten Führer Adolf  
Hitler, worauf ein ungeheurer Tumult einsetzte.  
Für die Besonnenheit der NS. verhielt, daß dem „Eistredner“  
die verdiente Abrechnung an Ort und Stelle verab-  
reicht wurde. Es hagelte Ordnungsrufe. Dr. W. selbst er-  
hielt keinen. Er endet mit der fassiam bekannten Zu-  
sicherung, daß sich seine Partei nicht von der verantwortungs-  
bewußten Mitarbeit abbringen lasse.

Dr. Schmechel (Ev. Volksdienst, lies: Sozialdemokratischer Hilfsdienst) ließ eine Entrede vom Stapel, die die NS-Stadträte in grenzenloses Erstaunen setzte. Steht sie doch vollkommen im Widerspruch zu dem, was man im Stadtrat von Dr. Schmechel zu hören und zu sehen gewohnt ist. Stv. Dr. Waldeck (DVP.) zeigte erfreuliche Sachlichkeit in seinen Ausführungen und griff auch die Stadtverwaltung in erheblichem Maße an. In seiner Weise brandmarkte er die parteipolitische Tätigkeit des OB., die dessen Ansehen in der Stadt nicht gefördert haben. Trotz der von ihm vorgebrachten schwerwiegenden Bedenken erklärte er namens seiner Fraktion, daß sie den Etat annehmen würden. (Wann hätte die Volkspartei jemals Charakter und Rückgrat gezeigt. Siehe auch Thüringen.)

Als Letzter sprach Stv. Rheinwacker von der Wirtschaftspartei. Was er hier alles an Wünschen, Hoffnungen, Erwartungen zum Ausdruck brachte, kennzeichnete mit aller Deutlichkeit die politischen „Grundzüge“ der Wirtschaftspartei. Ob dem Handwerk oder Gewerbe der Stadt Mannheim mit Wünschen, Hoffnungen, Erwartungen und dergl. mehr noch zu helfen ist, wird er wohl selbst am besten wissen müssen. Wir verweisen auf die Ausführungen unseres Pg. Stv. Dr. Orth an späterer Stelle, wo er darauf hinweist, daß nur durch brutalen und rücksichtslosen Widerstand gegen das Ausbeutungssystem dem Handwerk und Gewerbe wieder geholfen werden kann.

8.20 Uhr war die Sitzung beendet und im Gefühl „getrennt“ erfüllter Pflicht zogen die schwarz-rot-bürgerlichen „Statistiker“ ab.

Dritter Tag:

### Sturmangriff

## der N.S.D.A.P. auf der ganzen Linie! Verzweiflungsakt des OB.!!

Gleich zu Beginn der Sitzung kommt es zu einem Zwischenfall. Der OB. gibt zur Kenntnis, daß der nationalsozialistische Bespöcker der gestrigen Sitzung nicht stattgegeben werden kann, da sich der Ausdruck „Lügner“, der von Seiten der Sozis geflöhrt worden sein soll, im amtlichen Stenogramm nicht findet. Pg. Stadtrat Feit: „Die Herrschaften sind eben zu feige, um das zuzugeben.“ OB. stehend: „Herr Feit, fangen Sie nicht schon wieder an.“ Der OB. gibt bekannt, daß zum Voranschlag 237 Anträge eingelaufen seien, nur 79 davon hätten sich als abstimmbare erwiesen. (Stürmische Zurufe: Die Wahrheit darf nicht an die Öffentlichkeit!) Als er weiter bekannt gibt, daß die Regierungsparteien beantragt hätten, die zum Etat gestellten Anträge erst am Schluß der Etatberatung ohne Debatte zu behandeln, kommt es erneut zu stürmischen Protestrufen. Pg. Stadtrat Dr. Orth: „Es ist unerhört, wie man die Opposition hier mundtot machen will. Wir sind der Ansicht, daß diese Anträge dort zu behandeln sind, wo sie hingehören, also bei den entsprechenden Positionen des Voranschlags. Ich stelle einen dahingehenden Antrag.“ Der Antrag des OB. wird gegen die Stimmen der NS., KPD. und des Evangelischen Volksdienstes abgelehnt. Hierauf tritt man in die Spezialberatung ein. 15 Minuten Redezeit. Bei Voranschlag 1 (Bestand der Vorjahre) meldet sich niemand zum Wort. Zum Voranschlag 2-5 (Hauptverwaltung) ergreift Pg. Stv. Rother das Wort und führt etwa folgendes aus:

„Zu der Position Hauptverwaltung haben wir eine Reihe Abänderungsvorschläge eingebracht. Zunächst beanstanden wir das Materialamt. Wir NS. sind der Auffassung, daß dieses Amt dezentralisiert werden muß, wodurch man einerseits das Personal einspart und andererseits eine zweckmäßigere Ausnutzung des Materials erreicht. Bei der Position Gehalt beantragen wir die Streichung des Gehalts des Leiters des Nachrichtenamts. Hierzu ist zu sagen, daß dieses Amt eine Neuschöpfung des OB. ist. Der OB. hat zum Leiter den Sohn seines Kiezer Duzfreundes gemacht, der sich als eifriger Agitationsredner für die SPD. bewährt hat. Es will uns scheinen, daß das Nachrichtenamt als Bestandteil des Wahlamtes, wie es früher der Fall war, seinen Zweck vollkommen erfüllt, umso mehr als sich die Mannheimer Presse die Vorzensur durch den Herrn OB. entschieden verbitten muß. Zur Position Vordrucke und Druckarbeiten bemängeln wir den hohen Anhang für Bürgerauschussvorlagen und beantragen eine Kürzung von 50%. Des weiteren lehnen wir Bereitstellung von RM 8000.— für die Mannheimer Stadtgeschichte ab. Die Herausgabe der Geschichte kann man in finanziell besseren Zeiten nachholen. Die Subvention für den Verkehrsverein mit RM 50000.— lehnen wir so lange ab, bis der Verein die bei ihm beschäftigten Doppelverdiener entlassen hat. Darnach halten wir einen Zuschuß von RM 40000.— für genügend. Bei dem Vereinstragkonto lehnen wir den Beitrag für die Deutsch-Französische Gesellschaft ab und beantragen Neueinziehung von RM 100.— für den Kampfbund für deutsche Kultur. Auf dem Voranschlag Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge beanstanden wir die ungleiche Behandlung zwischen Verbänden und Zuschußbetrieben. Die Pensionslasten der Werke sollen bei den Werken berichtet werden und dort als Abfertigung an die Stadtkasse geführt werden und nicht auf dem Umweg über dieses Konto. Weiter wird von uns verlangt, daß für Beamte und Angestellte (Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene), die nicht unter die gültigen Beamtenregelungen fallen, ein höherer Betrag eingeseht wird.“

Wir lehnen des weiteren die Unterhaltung der Zeitschrift „Die lebendige Stadt“ ab. (Eine neue Schöpfung des OB. mit RM 7000.— Steuermitteln.) Die Beiträge für den Deutschen Auto-Club mit RM 30.— lehnen wir als einseitig ab. Entweder erhalten die großen Epizentrenverbände der Automobilisten (ADAC, AOD, Deutscher Touring-Club und Nationaler Deutscher Automobilklub) auch den gleichen Betrag wie der politische Linksverband der deutschen Kraftfahrer oder niemand.

Beim Konto Ehrungen, Feste usw. beantragen wir eine umfangreiche Streichung und heben hervor, daß die augenblicklich im Dienst der Stadt Mannheim befindlichen Fahnen diese Republik noch aushalten werden. Bei der feinerzeitigen Amtsübernahme durch die NS. werden wir wohl noch einige dazukaufen, um sie damit zu beerdigen.“

(Des weiteren wurden noch einige Beförderungen [Ämter usw.] bemängelt. Es fehlt hier der Platz. In einem besonderen Artikel werden wir die gesamte Per-

sonalpolitik der Mannheimer Stadtverwaltung noch einer kritischen Würdigung unterziehen.)

Von der den NS. noch zustehenden 4 Minuten Redezeit macht Pg. Dr. Orth anschließend sofort Gebrauch: „Die vorhin von Ihnen beschlossene Verkürzung der Redezeit beweist erneut, von welcher Angst Sie vor der Öffentlichkeit befallen sind. Man hat eine ganze Reihe nationalsozialistischer Anträge an den Bürgerausschuß zurückgewiesen mit der nicht ganz verständlichen Begründung, daß sie unzulässig seien. In Wirklichkeit hat man nur Angst davor, daß Angelegenheiten vor der breiten Öffentlichkeit verhandelt werden, die Ihnen außerordentlich unangenehm sind. Wir hatten im Stadtrat den Antrag gestellt, die Bürgermeister zu ersuchen, mit Rücksicht auf die Finanznot der Stadt Mannheim und das Elend breiter Mannheimer Bevölkerungsschichten auf einen wesentlichen Teil ihres Gehaltes zu verzichten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dabei scheute man sich nicht, zu erklären, daß die Herren ja auch schon auf 6% ihrer Bezüge verzichten. Diese Begründung ist mehr als kümmerlich. Was den Leiter des Nachrichtenamtes anbetrifft, so muß ich hier mit aller Rücksichtslosigkeit erklären, daß wir ihn ablehnen. Die Haupttätigkeit des Dr. Höber besteht im Zeitungslernen. Dazu ist uns das Geld der Mannheimer Steuerzahler zu schade. Als die Stelle damals zu besetzen war, mußten Sie, Herr OB., den Dr. Höber aus Kiel hierher bringen. Es gab wohl in der damaligen Zeit, wo tausende von Mannheimer Arbeitern aus allen Berufsständen auf der Straße lagen, keinen darunter, der befähigt war, diese Stelle zu begleiten. Wir werden die Miswirtschaft, die hier in Mannheim getrieben worden ist, gründlich brandmarken. Das Durchschnittsgehalt der Beamten und Angestellten der Hauptverwaltung beträgt RM 7000.—, bei den Werken, die der Stadt Mannheim Geld einbringen nur RM 3000.—. Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit? (Die Redezeit ist abgelaufen). OB. Dr. Heimerich: Ich weise den Vorwurf der Miswirtschaft auf das Entscheidende zurück. Sie kennen die Dinge noch viel zu wenig, um sich ein Urteil zu erlauben. Zuruf von Pg. Dr. Orth: „Ein Sozialdemokrat (gemeint ist Dr. Heimerich) kann mich nicht belehren.“ Dr. Heimerich: „Ich will Sie nicht belehren, Sie haben schon lange bewiesen, daß Sie unbeherrschbar sind!“ Lärm und Widerspruch beidner NS. Der Kommunist Böhler erhält wegen des Ausdrucks „Verbrechen“ einen Ordnungsruf. Er plädiert für die 40-Stundenwoche und will die Gehälter der oberen Beamten und Angestellten auf RM 6000.— herabgesetzt wissen. (Es kommt zu einem Zusammenstoß zwischen unserem Pg. Feit und Lechleiter von der KPD. wegen der Abstimmung der Kommunisten bei dem Antrag der NS. im Stadtrat auf Kürzung der Bürgermeistergehälter. Str. Lechleiter erhält zwei Ordnungsrufe.) Böhler stellt die Bürgermeistergehälter fest. Dr. Heimerich RM 21.—, Dr. Walli RM 17.—, Böhner und Böttcher RM 11.—. Ob wirklich acht Stunden gearbeitet würde, sei mehr als fraglich. Der OB. hat inzwischen in unangenehmer Weise sich bemerkbar gemacht. Stv. Säyren (KPD.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß er den arroganten Offizierston des OB. satt habe. Der OB. verwahrt sich dagegen. Zuruf von Pg. Dr. Orth: „Sie haben eben kein Taktgefühl.“ Stv. Haas (Staatspartei) meldet sich gegen die Ausführungen unseres Pg. Dr. Orth. (Stürmische Zurufe: „Wer sind denn Sie? Haben Sie auch was zu melden?“) Im übrigen verteidigt er die Stadtratsdiäten, nur daß er sie um 20% gekürzt haben will. (Verbeugung vor den Wählern.) Stadtrat Schnell (KPD.) wendet sich gegen die Zuschüsse an den Verkehrsverein, die Beiträge für Dienstpublikationen, sowie für verschiedene Vereine. Die Zeitschrift „Die lebendige Stadt“ soll verschwinden. Die Personalpolitik sei nicht einwandfrei. Einen städt. Beamten mit RM 1000.— Monats-einkommen, habe man das Armenrecht bewilligt. (Zuruf: Baurat Frenz bei der Straßendahn.) Pg. Stadtrat Feit wendet sich gegen die unterschiedliche Handhabung der Geschäftsordnung. Die Kommunisten hätten 22 Minuten gesprochen, während man den NS. nach 15 Minuten sofort das Wort entzogen habe. Der OB. erklärt, daß nach der Stoppuhr die Kommunisten 16 Minuten gesprochen hätten. Stv. Haas (Volkspartei) läßt ebenfalls Kritik am städtischen Nachrichtenamt. Die Erwartungen, die man an die neugeschaffene Stelle geknüpft habe, hätten sich nicht erfüllt. Sie hätte deshalb beim Alten bleiben sollen, man hätte damit viel Geld gespart. Weiterhin kritisiert er das städtische Materialamt, das Beamtenwohnheim Wiedenfeld, die Position, Fabrik- und Reisekosten. Auch er wendet sich gegen einen Zuschuß an die „Lebendige Stadt“. Stv. Amann (Evang. Volksdienst) wünscht die Einführung der 40-Stundenwoche in den städtischen Betrieben, damit kinderreiche Familien wieder in Arbeit und Brot kommen. Diesbezügliche Anträge der Kommunisten bezeichnet er als bloße Agitation. Stv. Steeger (Evang. Volksdienst) wünscht die Bürgermeistergehälter um 20% herabgesetzt. Weiterhin wünscht er 20%ige Herabsetzung der Stadtratsdiäten. (Nur Verbeugung von den Wählern!), Streichung des Zuschusses an den Reitverein. Stv. Fischer (SPD.) fühlt sich veranlaßt, eine Lanze für seinen Genossen Dr. Höber vom Nachrichtenamt zu brechen. Er tut dies sehr ungeschickt, denn er sagt wörtlich zu den NS.: „Wenn der Leiter des Nachrichtenamtes ein Parteibuch ihrer Partei gehabt hätte, hätten Sie keine Kritik geübt.“ Stadtrat Feit: Zuruf: „Das meinen Sie, Sie geben aber damit zu, daß er ein Parteibuch von Ihnen hat.“ Als Stv. Fischer in seinen Ausführungen fortfahrend, erklärt, die NS. hätten nur Agitationsanträge gestellt, kommt es zu ungeheueren Lärmjahren, in denen weitere Angriffe des Stv. Fischer vollkommen untergehen. Der OB. ruft Stv. Fischer zur Ordnung wegen einer beleidigenden Äußerung gegen die Kommunisten. Fischer verteidigt die Höhe der Aufwandsentschädigungen der Stadträte, da die sozialdemokratischen Stadträte so außerordentlich viel praktische Arbeit für die Stadt leisten würden. (Zurufe der NS.: Aha, sie harmloser Jüngling. Sie ahnungslos Engel.) Pg. Stadtrat Feit wird wegen verschiedener Zwischenrufe wiederholt zur Ordnung gerufen. Immer wieder kommt es zu neuen Lärmjahren. Der OB.: „Das ist doch kein Parlament mehr! Was soll die Bürgerschaft davon denken! Vor wenigen Wochen noch behauptete der OB. gelegentlich des von den NS. gestellten Antrags auf Einführung einer den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechender Stipendierung wörtlich: Der Bürgerausschuß ist kein Parlament, sondern ein Verwaltungsorgan!“ (Wann haben Sie jetzt die Unwahrheit gesagt, Herr OB.?? Damals oder heute??)

Stadtrat Kuhn (Zentr.) erwartet das Heil der Stadt Mannheim von der Elektrifizierung der Rheintalbahn, die er baldigst durchgeführt wissen will. (Zurufe: Dawesplan, die ist ja selbst pleite!) Pg. Stadtrat Feit beantragt zur Geschäftsordnung, stündliche Abklärung der beiden Stenographen, die die Verhandlungen des Bürgerausschusses aufnehmen. Der OB. erklärt, das sei seine Sache. (Zuruf: Es kommt zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Stv. Jünger, der den Kommunisten schlechte Bezahlung ihrer Arbeiter in kommunistischen Betrieben vorwirft. (Zuruf Böhler (KPD.): „Was wir in unseren Parteibetrieben machen, das geht Sie einen Sch...breck an.“ Bürgermeister Böhner verteidigt das angegriffene Materialamt. Die Debatte über die Vorlage 2-5 wird geschlossen. Zur Beratung gelangt der Voranschlag 7-9. Pg. Dr. Orth erhält als erster Redner das Wort: „Die gegenüber dem Vorjahre beim Grundbuchamt um RM 5000.— höher eingesehten Gebühren des Grundbuchamtes mit RM 285000.— zeugen von einem außerordentlichen Optimismus. Sie glauben doch im Ernst nicht daran, daß in einer Zeit, wo Handel und Gewerbe derart darnieder liegen, wo die allgemeine Pleite sichtbar in Erscheinung tritt, daß Sie an dieser Stelle Mehreinnahmen zu erwarten haben.“

Wir haben verschiedene Anträge eingereicht, die die Nachprüfung der Bezüge der Beamten und Angestellten bei den verschiedenen Ämtern fordern. Da uns die Aushändigung einer Liste der städtischen Beamten und Angestellten nach Gehalt, Dienstzeit, Vorbildung usw. verweigert worden ist, werden wir uns bei den Beratungen eingehend mit der Personalpolitik beschäftigen. Wenn man sich die Durchschnittsgehälter bei den verschiedenen Betrieben aus den Aufstellungen im Voranschlag errechnet, dann sieht man recht deutlich, wo hier die rote Sonne scheint. Beim Wohnungsamt beträgt das Durchschnittsgehalt von 14 Personen RM 6575.—. Dies ist nur daraus zu erklären, daß dieses Amt eine unvorhältnismäßig große Zahl zu hoch eingestufte Beamten beherbergt, deren hohe Gehälter, die der unteren und mittleren Beamten außerordentlich in die Höhe drücken. — Sie, Herr OB., beklagen sich andauernd, über den im Bürgerausschuß herrschenden Ton. Sie werfen uns mangelndes Anstands- und Taktgefühl vor. Wenn Sie kein Verständnis für die pfälzische Art der Mannheimer haben, dann wären Sie besser nicht nach Mannheim gekommen. Ich möchte Ihnen anraten, mal etwas weniger in den fog. seinen Kreisen von Mannheim zu verkehren, sondern sich mehr unter die Arbeiterschaft und den Mittelstand der Stadt Mannheim, soweit man von einem solchen überhaupt noch sprechen kann, zu begeben. Sie werden dann die Not kennen lernen, Sie werden die Erbitterung gegen die Stadtverwaltung beurteilen können und in Zukunft sich in ihren Vorwürfen mehr maßigen. (OB. ruft Dr. Orth zur Sache.) Unser Antrag im Stadtrat, die Nebenverdienste der städtischen Beamten restlos zu beseitigen, haben Sie abgelehnt. Sie haben sich nicht geschämt, diese Ablehnung damit zu begründen, es würde eine Härte bedeuten, diese Bezüge auf einmal zu beseitigen, da diese Leute ihre Lebensführung auf die Nebenbezüge eingestellt hätten. Ich frage Sie: „Wer von Ihnen fragt nach der Lebensführung derer, die auch einmal in Arbeit und Brot standen und jetzt hungern und dem Elend preisgegeben auf der Straße liegen. Noch dafür fehlt ihnen jedes soziale Verständnis. Es wurde vorhin die 40-stündige Arbeitszeit hier angeführt. Ich muß etwas weiter ausholen. 1918 verkündeten die neuen Machthaber dem Volke Freiheit, Schönheit und Würde. Als diese nicht kommen wollten, schloß man den Dawesplan. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD., verkündete voller Jubel, daß nunmehr der Aufstieg Deutschlands ein grenzenloser sein werde. Er brachte ein Bild, worauf ein deutscher Arbeiter in die aufgehende Sonne blickt, auf der das Dollarzeichen sichtbar ist. Es war nichts mit dem Wiederaufstieg. Dann kam der Youngplan, den Sie auf dem Gewissen haben und der uns die maßlose heutige Not gebracht hat. Und jetzt treten Sie vor das Volk und verkünden die 40-Stundenwoche als das Mittelmittel. Auch diesen Betrag machen wir NS. nicht mit. Reicht doch kaum das Verdienst aus 48-stündiger Arbeitszeit zu anständiger Lebensführung aus. Schönen ist mit der 40-Stundenwoche kaum jemand, es sei denn Ihrem Soßem. Auch die 6%ige Gehaltskürzung, die Sie durchgeführt haben, lehnen wir ab. Gewiß, bei RM 30000.— Jahreseinkommen kann man sich diesen Abzug gefallen lassen. Aber der kleine Angestellte bei der Straßenbahn mit 140.— oder etwas mehr nach Monatsentkommen, dem tut dieser Abzug bitter weh.“

Einige Worte muß ich noch der Mannheimer Steuerpolitik widmen. Die Steuern werden rigoros eingetrieben. Ein Bauer, der von seiner Kuh Milch erwartet, wird ihm nicht nur zu fressen geben, sondern sie auch anständig behandeln. Sie haben durch ihre Politik das gesamte schaffende deutsche Volk dem Elend preisgegeben und treiben jetzt in einer Weise die Steuern ein, daß man direkt von einer Steuerblaise sprechen kann. Ihr ganzer vorliegender Etat ist von A bis Z eine unerhörte Verschleierung. Ich werde darauf noch bei den verschiedensten Positionen zurückkommen. (OB.: „Ich rufe Sie erneut zur Sache und drohe Ihnen mit Verrentzählung.“) Dr. Orth fortfahrend: „Sie sehen, wenn man unangenehme Wahrheiten sagt, dann sucht man dies zu unterbinden. Eine Besserung der heutigen Zustände wird nicht dadurch eintreten, daß man sich wie Sie (zu den bürgerlichen Parteien gewendet) jeweils auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stellt, auch nicht dadurch, daß man Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen hier vorbringt, sondern nur dadurch, daß man dem System der Ausbeutung und der Unfähigkeit rücksichtslosen und brutalen Widerstand leistet. Es wird mir im Stadtrat immer vorgeworfen, ich sei Beamtenfeind. Ich möchte hier vor aller Öffentlichkeit einmal betonen, wie es in Wahrheit mit diesem Vorwurf aussieht. Ich bin selbst Beamtensohn. Ich bin in Achtung vor den Leistungen des Berufsbeamtentums erzogen worden. Wogegen ich mich hier und im Stadtrat mit aller Schärfe wende, das sind die Erscheinungen bei einem Teil der oberen Beamten der Stadt, die nach Korruption aussehen. Ich habe einfach kein Verständnis dafür, daß ein Beamter kurz vor der Pensionierung noch rasch nach Gruppe 12 befördert wird, ich habe kein Verständnis dafür, daß Beamte in Gruppe 11 heute noch in dieser oder jener Form von der Stadt Mietbeihilfen bekommen. Solche Sachen schaden der Mannheimer Beamten-schaft, die zu 90% aus anständigen, tüchtigen und fleißigen Leuten besteht. Aber wenn ein Bürodirektor Händel RM 5000.—... OB. Dr. Heimerich: „Ich entziehe Ihnen das Wort.“ Dr. Orth: Sie sehen, die Wahrheit soll nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden. Um den drohenden Ausschluß zu vermeiden, nimmt Dr. Orth Platz. (Lebhafte Beifall von Seiten der NS.) Fortsetzung Folge 22.

W  
Unsi  
des  
lich  
Re  
fa  
S  
Mit  
führ  
politi  
prog  
not  
Gewer  
rechte  
lohnung  
zwangs  
fach  
ni  
W  
Und  
herrsch  
scheinu  
Recht  
Standp  
vertr  
Klassen  
schaffen  
kapital  
fordern  
bestimm  
kann  
für  
je  
autar  
aus  
den  
gleich  
schaft  
unmögl  
W  
renge  
gering  
parlame  
starke  
gerade  
Lager  
Vordr  
1930  
Abwehr  
Regler  
schen  
des  
M  
hinter  
Da  
weniger  
Systems  
Die  
für  
Bei  
in  
der  
Wir  
De  
KPD.  
berufun  
Aussicht  
sollte  
und  
kan  
unkenn  
sich  
lass  
bekenn  
kommen  
als  
er  
den  
Nel  
in  
den  
Sozial  
Vorlage  
Erst  
Stellu  
der  
Ver  
Vertrete  
schle  
wurde  
Reichs  
einige  
Der  
De  
lichte  
a  
Erneu  
in  
V  
Deuf  
gegen  
derar  
dem  
Geseh  
fäng  
daß  
anwa  
bezirk  
Bani  
beuge  
Di  
weder  
Hofman  
der  
An  
nachrich  
NSDAP

# Zur politischen Lage

Von Erich Koch, M. d. R.

Wenn man die Systempresse liest, dann fñhlt man eine Unsicherheit und Nervosität, hinter der die schwere Krise des Systems gedämpft, aber doch noch sehr fñhlsbar erkenntlich wird.

Kein äußerlich gesehen, handelt es sich um den Gegensatz Schiele-Steigerwald in der Frage der Zollpolitik. Mit verzweifeltem Bemñhen ringt der ehemalige Landbundführer darum, im Kabinett eine Mehrheit für seine agrarpolitischen Vorschläge zu finden, die er selbst als das Mindestprogramm dessen bezeichnet, was der deutschen Landwirtschaft not tut. — Auf der anderen Seite erklärt der christliche Gewerkschaftler Steigerwald (übrigens einer der Führer des rechten Zentrumsflügels), daß die schlechte Entlohnung der deutschen Arbeiterschaft die mit einer Zollerhöhung zwangsläufig verbundene Preiserhöhung für Lebensmittel einfach nicht ertragen könne.

Womit beide Minister für ihren Teil völlig recht haben. Und nichts zeigt die Ausweglosigkeit innerhalb des herrschenden kapitalistischen Systems klarer, als diese Erscheinung, daß sowohl Landwirtschaft als Arbeiterschaft im Recht sind bei der Vertretung ihres — entgegengesetzten — Standpunktes! Im Gegensatz nun zu den Interessenvertretungen beider Lager, also im Gegensatz zu dem Klassenstandpunkt des Landbundes und dem der Gewerkschaften erklären wir Nationalsozialisten, daß es innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems hier keinen Ausweg gibt, sondern daß dieser Ausweg und damit die Rettung der Arbeiterschaft und der Landwirtschaft nur gefunden werden kann im gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus, für jenen deutschen Sozialismus, der in einem autarken Wirtschaftskörper Preise und Löhne ausschließlich vom Inlandsstandpunkt bestimmen läßt. Erst diese Nationalwirtschaft ermöglicht den Ausgleich der Interessen zwischen Landwirtschaft und Arbeiterschaft, der im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem einfach unmöglich ist.

Allerdings ist nicht anzunehmen, daß diese Zolldifferenzen irgendwelche ernsthafte Schwierigkeiten für die Regierung Brünning mit sich bringen. Dazu ist zwar nicht ihre parlamentarische Basis, aber ihre Markt-Basis eine viel zu starke. Denn nicht oft genug kann betont werden — und gerade auch gegenüber allzugen Optimisten im eigenen Lager —, daß die Regierung Brünning härter als alle ihre Vorgängerinnen ist, weil das System durch den 14. September 1930 die große ihm drohende Gefahr erkannt hat und zur Abwehr entschlossen ist. Erst wenn wir einsehen, daß die Regierung das Kabinett zur Rettung des kapitalistischen Systems schlechthin ist, erst dann werden wir verstehen, daß die Kräfte des Kapitalismus wie des Liberalismus, des Marxismus wie des Ultramontanismus gleichermaßen hinter dieser Regierung stehen.

Darum ist die Krise der Regierung nicht mehr und nicht weniger als eine Krise des Systems und jede Krise des Systems sofort eine Krise der Regierung Brünning!

Diese Betrachtung macht es klar, warum die Hauptgefahr für Brünning aus der Finanzlage kommt, die ihrerseits wieder in der Krise des kapitalistischen Systems begründet ist. —

Ich habe vor kurzem darauf hingewiesen, daß für das laufende Etatsjahr mit einem Fehlbetrag von 1,16 Milliarden zu rechnen sei. Selbstverständlich demontiert die Regierungspresse heftig, um heute eine offizielle Verlautbarung des Reichsfinanzministeriums zu verbreiten, wonach allein die Mindereinnahmen an Steuern 1,25 Milliarden betragen! Da der Fehlbetrag im Budget teils aus diesen Mindereinnahmen, teils aus Mehrausgaben besteht und letztere im Etatsjahr ja noch die Arbeitslosenzuschüsse enthielten, ist kein Zweifel, daß das

## Gesamtdesizit über 2 Milliarden

betragen wird, für das keinerlei wie immer geartete Deckung besteht.

Legt man die Zahlen dieses Etatsjahres zugrunde, berücksichtigt man die bereits völlig erschöpfte Kreuger-Anleihe sowie die stark gestiegenen Zinsenzahlungen, so kann man damit rechnen, daß das Etatsjahr 1931/32 eine Verdoppelung dieses Defizits bringt, womit der Staatsbankrott in unmittelbare Nähe gerückt wäre.

Diese Sachlage verursacht die Regierung zu schlechthin verzweifelten Rettungsversuchen, die in einem eigenen Artikel behandelt werden sollen.

Gleichzeitig mit diesen innenpolitischen Schwierigkeiten sieht sich die Regierung Brünning ersten außenpolitischen Schwierigkeiten gegenüber, deren Meisterung ihr kaum gelingen dürfte.

Vor allem ist es die deutsch-österreichische Zollunion, die wie eine Gewitterwolke über der Balkonferenz des Völkerbundes hängt. Nachdem es nämlich der französischen Politik gelungen war, den englischen Vermittlungsversuch, der in Chequers zwischen Mac Donald und Brünning besprochen werden sollte, zu vereiteln, haben alle Feinde der Zollunion neuen Mut geschöpft, mit dem Ergebnis, daß die österreichische Regierung schon heute „weich in den Knien ist“ und wahrscheinlich einen harten Angriff in Genf nicht standhalten wird. Da gleichzeitig die jüdische und marxistische Presse in alter Manier zum Rückzug bläst, erscheint die Position Brünnings umso aussichtsloser, als er sich noch immer nicht entschließen konnte, die Kräfte der nationalen Opposition für die Stärkung der deutschen Position einzubauen.

Die gleiche Situation droht bei der Behandlung der Streitfrage zwischen Danzig und Polen wegen Ödungen einen Erfolg des deutschen Standpunktes unmöglich zu machen. Denn solange eine deutsche Regierung nicht wenigstens den Willen eines entschlossenen Volkes hinter sich hat, solange ist es ihr einfach unmöglich, außenpolitische Erfolge einzubekommen.

Da es den Nutznießern des Systems aber mehr auf ihre Parteiherrschaft, als auf erfolgreiche Außenpolitik ankommt, so werden sie auch weiterhin die Mitwirkung der nationalen Opposition ablehnen und damit eine wirkungsvolle und erfolgreiche Außenpolitik unmöglich machen.

Unsere Aufgabe ist es daher, durch Verstärkung unserer Front diesen Kurswechsel zu erzwingen, wofür das stetige Volksbegehren nur ein Anfang war.

# Die Politik der Woche

## Wirtschaftlicher Querschnitt.

Bilanzen gleichen alten Lanten; verschleiert, aber gut frisiert. Die jüngste Bilanz der Deutschen Reichsbahn ist auch verschleiert, aber schlecht frisiert. Sie begnügt sich mit einem Schlangengewinn von „nur 104 Millionen Mark, was in der breiten Öffentlichkeit auch den Schein eines guten Standes erweckt. Unsere Aufgabe ist es jedoch, dieselbe breite Öffentlichkeit vom Gegenteil zu belehren und ihr zu sagen, daß die Reichsbahn im nächsten Jahr am Ende ist, wenn nicht Reparationslasten, Spähengehälter und verlustbringende Beteiligungen beseitigt werden.

Der Rohgewinn belief sich 1929 auf 880 Millionen Mark, 1930 nur auf 480 Millionen, also ein beträchtlicher Rückgang! Vom Rohgewinn geht natürlich auch diesmal Dank der Erfüllungspolitik die Reparationssteuer in Höhe von 660 Millionen Mark ab, was einen glatten Verlust von 180 Millionen bzw. nach Berücksichtigung des Saldos von 1929 einen ungefähren Ausgleich bedeutet. Soweit die Tatsachen. Der von der Reichsbahn mit viel Stolz ausgewiesene „Reingewinn“ muß also eine geheime Quelle haben. Und diese Quelle heißt Staat, Reich oder Gesamtheit der Steuerzahler, wie man es nennen will. 133 Millionen Mark stammen von jener Gesamtheit der Steuerzahler; sie sind ein Geschenk an die Reichsbahn in Form der Streckung eines Reichsdarlelehens aus dem Jahre 1929.

Der kleine Steuerzahler wird über diese Großzügigkeit des Reiches erstaunt sein, zumal die Rat-Verordner immer von Defizit im Reichshaushalt sprechen. Gerechte Empörung zeigt aber der kleine Steuerzahler, wenn er hört, daß bewußte 133 Millionen Mark Steuererlösen vulgo Geschenk an die Reichsbahn nicht durch Lohnerhöhung den unteren Reichsbahnarbeitern zukaufen, sondern zur Hälfte als „Vorzugsdividende“ in die Taschen der mammonistischen, meist ausländischen Großinhaber von „Reichsbahn“-Vorzugsaktien fließen! Zinsen sind also wieder einmal unantastbar. Fahre nur so weiter, teure Youngbahn, fahre bei abnehmender Sicherheit deiner Anlagen noch mehr Volksgenossen in den Tod, vergesse aber darüber niemals die Sicherheit der Zinsen und die „wohlerworbenen“ Rechte des Juden Schenker!

Eisenbahn und Post sollen die gesündesten Betriebe eines Staates sein! Diese Forderung ist jedoch im Lande der Youngsonne eine Utopie. Die Reichsbahn beweist es täglich, die Reichspost gelegentlich und zwar durch Anleihen bei der Öffentlichkeit. Diesmal kann jeder, der etwa durch Senkung des Drucksachenportos Ersparnisse machte, mit diesen Ersparnissen Schahanweisungen der Reichspost kaufen; 6% Zinsen nebenbei!

Die Reichspost braucht Geld, viel Geld. Bare 150 Millionen! Wozu? Zur Einlösung ihrer fälligen, alten Schahanweisungen, die eigentlich aus laufenden Mitteln zurückbezahlt werden sollten, heute aber in neue Schulden übergehen. Warum? Weil die Reichspost gewöhnt ist aus dem Volke zu schöpfen, weil sie ebenso wie die Reichsbahn ihren hohen Beamten Gehälter und Pensionen bezahlt, die in keinem Verhältnis zu deren Leistung und Vorbildung, sowie zur Not der kleinen Postbeamten stehen.

Die Tatsache, daß die Schulden der Reichspost nunmehr ein Viertel des Gesamtvermögens ausmachen, gibt ebenso zu denken, wie die Unmöglichkeit einer Rückzahlung der neuen Anleihe im Oktober 1933. Es sei denn, daß bis dahin ein frischer Wind durch die Einrichtungen der Reichspost weht. Ob Schäfel diesen Wind schämt? Sicherlich nicht in dem Maße, wie jene rein jüdischen Bankhäuser den Rebbach schätzen, den sie bei der Ausgabe von 150 Millionen Mark Schäfelcher Schahanweisungen machen!

Ein anderer Vertreter der öffentlichen Hand, oder besser die bisherige rechte Hand der internationalen Tributerpresser, Herr Reichsbankpräsident Dr. Luthar, hielt dieser Tage in Luxemburg einen Vortrag bei den Rotariern. Was sind Rotarier? Ein Späßvogel wird sagen: Rote Arier. Er mag recht haben, denn manche Mitglieder dieses Klubs sind Arier und wären dazu echte Deutsche, wenn sie nicht das rote Gift des Marxismus unbewußt in sich tragen würden. Offiziell sind die Rotarier eine internationale Vereinigung von Geschäftsteuten zur Hebung der Geschäftsmoral!

Und ausgerechnet vor dieser Vereinigung sprach Dr. Luthar, dessen „Geschäftsmoral“ in einem Jahresgehalt von 200 000 RM verankert ist, ohne Rücksicht auf die vielen Erwerbslosen, die ihre bittere Not nicht zum geringsten Teil der 12% Dividenden bringen den „Geschäftsmoral“ jener von Dr. Luthar so „national“ geleiteten Reichsbank verdanken. Daß Deutschlands Not eine Mauer geworden ist, über die kein Erfüllungspolitik mehr hinwegspringen kann, scheint indessen auch Luthar zu begreifen, wie aus seiner Luxemburger Rede sowie aus der Reichsbank-Bilanzführung hervorgeht. Er macht jedoch einen Umweg und dieser Umweg ist weit. Vielleicht kommt es aber in absehbarer Zeit zu dem Geständnis, daß Deutschlands Tribute nicht mehr harmlose Störenfriede, sondern schon lange schwere Zerstörer unserer Wirtschaft sind.

Wir wollen dann aber auch die Tat sehen, die eine solche Erkenntnis von einem Reichsbankpräsidenten fordert. Und die Tat heißt heute genau wie bei Beginn unseres Kampfes gegen den Youngplan: Erst Freiheit und Brot, dann Reparationen! Unser Arbeitslosentum will und soll in einem freien Deutschland arbeiten. Es will und soll Werte schaffen, die der Nation und ihm selbst zukommen. Werte werden aber nicht geschaffen, indem man zum Zwecke unproduktiver Arbeitslosenfürsorge dauernd Auslandsanleihen aufnimmt bzw. Reichs-„Schahwechsel“ auf ein zahlungsunfähiges Reich ausstellt. Werte werden vielmehr durch rücksichtslose Angefaltung unserer Wirtschaft zum Nutzen aller geschaffen. Dazu ist aber das heutige System nicht fähig. Auch nicht im Zeichen der Notverordnung!

2. Pq Rosenbergs sei während des Krieges bei einer russischen Militärkommission in Paris gewesen.

3. Pq Staatsminister Dr. Frick habe seinen Gehalt sofort um RM 2000.— erhöht.

Darauf trat ein Nationalsozialist vor die 400 Anwesenden und erklärte wörtlich: „Du scheinst mir ein ganz unerschämter Hund zu sein, noch so weiter und du kriegst deine Abreibung.“ Der Zentrumsheer wurde dann ruhiger.

Wir fügen nur hinzu, daß alle drei Behauptungen erstanten und erlogen sind. Das gehört zum „christlichen“ Kampf des Zentrums.

## Wir verzichten, auch wenn man uns braucht!

Der Aeltestenrat des Reichstags hatte auf Antrag der KPD eine Sitzung anberaumt, auf der die sofortige Einberufung des Reichstags zwecks Unmöglichmachung der in Aussicht stehenden sozialpolitischen Notverordnungen beschließen sollte. Die Nationalsozialisten waren diesmal nicht erschienen und kamen nicht, trotz eines telephonischen Rotschreies von unbekannter Seite! Sie wollten die Gesellschaft lieber unter sich lassen, insbesondere um die SPD zu zwingen, Farbe zu bekennen. Der „Vorwärts“ wird nun wohl zur Einsicht kommen, welchen Unfuss er seinen Lesern neulich verzapft hat, als er behauptete, die Nationalsozialisten schlichen sich über den Aeltestenrat und den Roggenuntersuchungsausschuß wieder in den Reichstag. Wie vorauszu sehen, widersprachen die Sozialdemokraten einer Reichstagsseinberufung, „weil konkrete Vorträge der Reichsregierung noch nicht vorhanden seien.“ Erst wenn derartige Vorträge, könne man zur Einberufung Stellung nehmen. Die Selbstentlarvung dieser treuesten Stützen der Brünning-Regierung ist also eingetreten. Daß auch die Vertreter der anderen Parteien — die Deutschnationalen schreiten ebenfalls — widersprachen, war selbstverständlich. So wurde dann der kommunistische Antrag abgelehnt und die Reichsregierung konnte ihre Lebenszeit wieder einmal um einige Zeit verlängern.

## Der amtliche Preussische Pressedienst schwindelt!

Der Amtliche Preussische Pressedienst, Berlin, veröffentlichte am 22. April 1931 unter der Ueberschrift „Koch ein Erneuerer“ folgenden Schwindel:

„Ein „Kaufmann“ Wilhelm Hofmann aus Arolsen ist in Pommern als Wanderredner der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aufgetreten und hat in seinen Reden gegen die Einrichtungen des Reiches und des Staates sich derart heherisch geäußert, daß er am 26. März d. Js. von dem Schnellrichter in Greifswald wegen Vergehens des Gefehes zum Schutze der Republik zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Dabei ist festgestellt worden, daß der Bestraute außerdem noch von 5 weiteren Staatsanwaltschaften gesucht wird. Im Bereich des Regierungsbezirks Stralsund ist gegen diesen nationalsozialistischen Wanderredner von dem Regierungspräsidenten ein vorgebendes Rederverbot erlassen worden.“

Die Reichspropagandaleitung stellt auch hierzu fest, daß weder ein Redner noch überhaupt ein Parteigenosse Wilhelm Hofmann aus Arolsen in der NSDAP bekannt ist. Auch der Amtliche Preussische Pressedienst scheut vor Schwindelnachrichten nicht zurück, wenn es sich um die verhasste NSDAP handelt.

## Zentrums-Schwindel!

Das „Pfälzer Tageblatt“, Kaiserslautern, schreibt unter dem Titel „Der wahre Nationalsozialismus“ folgenden Schwindel:

„Dem „Kottaler Bote“, Pfarrkirchen (Nr. 87 vom 18. und 19. April 1931), entnehmen wir folgendes: Am 16. April veranstaltete ein Nationalsozialist namens Keiffenstuel in Untergrafensee eine neutral aufgelegene „Unterhaltung“ über politische Tagesfragen. Der Zweck der Veranstaltung wurde sehr rasch erkennbar; es war ein nationalsozialistischer Fñhler, inwieweit die Gemeinde für diese Partei wohl zugänglich sei. Herr Keiffenstuel hat nun allerdings gründlich dafür gesorgt, daß für die Nationalsozialisten die Türe dort ein für allemal zugeschlagen wurde. Wie das genannte Blatt aus der Feder eines Ohrenzeugen mitteilt, hat der nationalsozialistische Propagandaredner unter stürmischen Protestkundgebungen der ausnahmslos katholischen Bauern der Gemeinde auch folgende Gedankengänge vertreten:

Die gefährlichsten Feinde des Deutschtums sind die Juden und Rom, d. h. die katholische Kirche und hier wieder besonders die Jesuiten. Der Katholizismus findet nun mehr bei schwächlichen Gemütern Anklang. 90 Prozent gehen bloß aus Geschäftsrücksichten in eine Kirche. Die Geistlichen glauben fast ausnahmslos selbst nicht, was sie lehren. Wenn zwei hohe Kirchenfürsten, wie z. B. Kardinal Faulhaber über kirchliche Lehren sich unterhalten würden, so würden sie sich krank lachen über die Dummgläubigkeiten ihrer Schafe. . . . Vom Taufsakrament sprach Keiffenstuel wegwerfend als von „Wasser über den Kopf schütten“.

So etwas wagt ein nationalsozialistischer Agitator in einer ausschließlich ländlichen Gegend vorzutragen. Was muß da alles zusammengeredet werden in Gegenden, wo der Boden für antikatholische Instinkte von Natur gegeben und entsprechend aufgelockert ist? Ganz Dummen versucht man trotz allem immer noch glaubhaft zu machen, daß man die Katholiken und die katholische Kirche bestimmt nicht meine, sondern „nur“ das Zentrum und die Bayerische Volkspartei.

Die Reichspropaganda-Leitung stellt hierzu fest, daß es weder einen nationalsozialistischen Redner noch überhaupt einen Parteigenossen namens Keiffenstuel innerhalb der NSDAP gibt. Wiederum ein Beweis dafür, daß das Zentrum mangels geistiger Waffen mit plumpen Schwindelnachrichten zu arbeiten versucht.

## Uns wird mitgeteilt:

Der Zentrumsredner Redakteur Dr. Rahm, Bingen, hat in Zentrumsversammlungen in Oberhildesheim behauptet, daß 1. Unser Führer nur, als seine Auslieferung an Oesterreich drohte, ins Deutsche Heer eingetreten.

# Der politische Wetterwintel

## Mosse plaudert aus der Schule.

Die Hintergründe des evangelischen Staatsvertrages.

Es hat kaum jemals etwas klareres gegeben, als die Folgerungen, die das evangelische Konkordat mit seiner ängstlich geheimgehaltenen „politischen Klausel“ haben muß. Die Linde der Unterschriften ist noch nicht trocken, da schreibt schon die im Lachmann-Mosseschen Hinterhause (wo sonst wären evangel. Belange besser aufgehoben?) erscheinende „Berl. Volks-Ztg.“ (198): „Der Staat wird gerade in Zukunft weit mehr um die Verhältnisse in der evangelischen Kirche, vor allem um die Befetzung der leitenden Kirchenämter kümmern müssen. Daß die Theologiestudenten — in reaktionärem Geist — ein Hauptkontingent der nationalsozialistischen Studentenbünde. Das gleiche gilt für einen großen Teil der Pfarrer. So hat der Superintendent der Stadt Stargard... Das ist einer von den Fällen, die unterbunden werden müssen. Mag es der evangelischen Kirche auch schwer fallen; sie muß sich samt allen Pfarrern (!) in ihrer Gesamtheit (!) auf den Boden des Volks-Staates stellen, wenn sie sich nicht selbst das Grab graben will.“ — So Lachmann-Mosse. Ueber Thema Volksstaat etwas zu sagen, hindert uns das bekannte Papagenoschloßchen. Im übrigen aber: Die Herren „Sasager“ der Generalsynode mögen versichert sein, daß sie in den kommenden Zeiten über Mangel an Ueberflus von Unruhe in ihren Bezirken nicht zu klagen haben werden. Es wird von der sprachwärtigen „Haischnur“ nicht zu knapp die Rede sein müssen.

## Ein würdiger Regierungsvertreter.

Ueber die verhältnismäßig unglaublich zahlreiche Befugung einflussreicher Stellen in den Reichs- und Länderregierungen mit den Söhnen des „ausgewählten“ Volkes ist die Öffentlichkeit durch geschickte Manöver leider nicht umfassend unterrichtet. Da läßt sich — wie wir es in den letzten zehn Jahren in zahllosen Fällen erlebt haben — ein solcher Herr ein paarmal ertauschen (mosaisch, katholisch, evangelisch, dissident — das ist die Reihenfolge), ändert seine Namen und erscheint bis auf einige Schönheitsfehler als guter „Deutscher“. Teilweise macht man sich diese Mühe gar nicht mehr, die Bevorzugung Israels zu verschleiern. In der letzten Zeit erschienen wiederholt jüdische Ministerialbeamte als offizielle Vertreter der Reichsregierung, Ehrengäste usw. Dies hat der ja so liberale deutsche Bürger bei einem Kabinett, dem selbst „prominente“ Juden angehören (man vergleiche die Köpfe der großen Koalition usw.) vielleicht noch verstanden. Daß aber ein „Kabinett der Frontsoldaten“ zu einer kulturpolitischen Tagung keine deutschen Vertreter entsendet, blieb dem Brüning-Kabinett vorbehalten.

Auf der am vergangenen Sonntag abgehaltenen jährlich besuchten Hauptversammlung des Bienenvereins der deutschen Buchhändler begrüßte der Vorsitzende als ersten Ehrengast den Vertreter der Reichsregierung, einen Herrn Dr. Freudenberg. Wir stellen also fest: Bei einer wesentlich deutschen Befugung vertretenden Versammlung wie der des deutschen Buchhandels läßt sich die Reichsregierung von dem Juden Freudenberg vertreten! Was das heißt, brauchen wir unseren Lesern nicht weitläufig auseinanderzusetzen!

## Werbt überall für das Hakenkreuz-Banner!

## Schiller und die Volksverderber.

Zum Todestage des Dichters am 9. Mai. Von Dr. Fabricius, M. d. R.

Nur dem erwachten Deutschen vermögen die großen Gestalten der deutschen Vergangenheit etwas zu sagen. Dem schlafenden bleiben sie kumm. Wer die wunderbare seelische Wandlung und Neugeburt, die der Nationalsozialismus als „Erwachen“ bezeichnet, an sich selbst erleben durfte, der weiß auch, daß von einem Dichter die ganze Schöpfung für ihn ein neues Gesicht erhielt, sein Leben sich nun erst mit tiefem Gehalt erfüllte und tausend Erscheinungen und Dinge, die ihm bisher fremd, gleichgültig und tot erschienen waren, einen völlig neuen, lebensvollen Sinn offenbarten. Diese Erfahrung macht der erwachte Deutsche auch mit dem vergessenen Dramatiker Friedrich Schiller.

Es ist nicht zu viel gesagt, daß das deutsche Volk seinen Schiller buchstäblich vergessen hatte. Einst gab es eine Zeit, da man sich der einzigartigen Bedeutung bewußt war, die dem Lebenswerk dieses Dichters für unser Volk zukam. Als Schiller starb, beschloß man zu seinen Ehren ein Nationaldenkmal zu errichten; die bittere Not der napoleonischen Kriege vereitelte diesen Plan. Dann aber folgten jene hundert Jahre, in denen sich die Giftstoffe liberalistischer und materialistischer Irrlehren tiefer und tiefer in die deutsche Volksseele hineinfraßen. Schillers Wert schank. Das Gefühl für seine Größe erstarb. Je mehr es den dunklen Mächten gelang, in unserem Volke den stillosen Lebensernst zu zerstören und den heiligen Kampfgeist einzuschläfern, desto geringer wurde das Verständnis für Schillers Dichtungen werden. Die deutschen Ideale und Kampfziele, die Schiller verkündet, konnten in erstorbenen Seelen keinen Widerhall mehr wecken. Die Begeisterung, die aus seinen Worten lodert, dünkte den „modernen“ Deutschen unverständlich und gegenstandslos. Man begann, den feurigen Ränder deutschen Volkens als Dichter der Phrase zu verlästern.

Kein Zweifel, daß die Mächte der Volksvergiftung bis heute, teils offen, teils im Geheimen, alles daran gesetzt haben, um unserem Volke diesen gefährlichen Dichter, der zugleich ein Kämpfer war, gründlich zu verkehren. Nur zu deutlich

## Zentrum geisteskrank.

Die Zentrumszeitung von Hannover muß ein Redaktionsmitglied mit dem § 51 in ihrer Schreibstube sitzen haben. Sie gibt, wie wir der „Niedersächsischen Tageszeitung“ entnehmen, eine Meldung des demokratischen Zeitungsdienstes wieder, wonach Pg. Göring mit dem Papst demnächst über die Stellung des Papstes zu den parteipolitischen Kundgebungen einiger Zentrumsmitglieder in Deutschland verhandeln soll. Da soll nun die NSDAP eine „Reform an Haupt und Gliedern vornehmen“. Sie soll die Hoffnung aufgeben, an der deutsch-feindlichen Haltung des Zentrums etwas ändern zu können. Endlich soll der Friede mit der Kirche (soll heißen Zentrum) nur unter der Bedingung möglich sein, die „die Kirche“ bestimmt und die der Nationalsozialismus nur einfach anzunehmen hat! — Das sagen Parteibonzen, die seit Jahren in unerschämter Weise die Religion für unsaubere politische Ergraber- und Hoflegeschäfte mißbrauchen, die auch parteipolitisch knapp ein Drittel der deutschen Katholiken und dazu einen Haufen Juden „umfassen“.

Sie sagen das in einem Land, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln evangelisch ist, in dem Millionen bereits durch politische Pfaffen ins Lager der Freidenker und des antikirchlichen Gottglaubens — das gibt es nämlich auch, werte Zentrumsinquisitoren! — getrieben worden sind.

Der nationalsozialistische Staat wird jedenfalls kein Staat mit besserer Luft, also ein Staat ohne Zentrum sein!

## Deverse Wirtschaftspolitik.

Trotz des außerordentlichen Rückganges der Kaufkraft, der Wirtschaftsnote und der teilweise Preisrückgänge im verflochtenen Jahre ist die Höhe der Umsatzziffern des Warenhaushalts gleich geblieben, ja teilweise noch gestiegen. Diese Tatsache ist wiederum ein Beweis, welche klaffende Unterbrechung des Warenhaushalts von der deutschen Wirtschaft trennt, daß dies gar nicht dazu gehört! Hier wird auf Kosten der Allgemeinheit eine Anzahl Verkaufspaläste, Aktienkapital und Dividenden, kurz Profit bei einigen Wenigen gehäuft. Als drastisches Beispiel sollen hier nur die Bilanzzahlen eines kleineren (!) Warenhausunternehmens, der „Emil Köster A.-G.“ genannt sein, die zum Michael-Konzern gehört. Kennzeichnend ist, daß die Emil Köster A.-G. ihren Umsatz mit rund 80 Millionen RM gegenüber dem Vorjahr unverändert aufrecht erhalten konnte, sodaß also unter Berücksichtigung des im Jahre 1930 stattgefundenen allgemeinen Preisrückganges eine Umsatzsteigerung eingetreten ist. Es ist im Jahre 1930 eine neue Filiale in Stettin hinzugekommen, wodurch sich die Zahl der Kaufhäuser auf 22 erhöhte. Durch diesen Zugang sind wieder zahllose kleine Mittelhandserienzen vernichtet. Dem Totengräber aber geht es gut, die Dividenden und Kantone der Reibach steigt. Die derzeitige Verantwortlichen sehen diesen planmäßigen Ruin weiter und weiter und wertvoller Volksschichten tatlos zu. Deverse Wirtschaftspolitik!

## Variationen in Vertrauensgebungen.

Bekanntlich hat das Zentrum wegen der Ernennung von Herrn Heidelberg zum Stadtoberschulrat von Heidelberg eine förmliche Anfrage an die Regierung gerichtet. Darin heißt es u. a.: „Was gedenkt die Regierung ferner zu tun, um das nötige Vertrauen in die Schulverwaltung in Heidelberg zu sichern und eine menschliche gute Zusammenarbeit mit der gesamten Heidelberger Lehrerschaft zustande zu bringen.“ Der Heidelberger Dienststellenausschuß, dessen Obmann Herr

Lindensfelder ist, sprach Herrn Hofheinz, obwohl er erst wenige Tage Stadtoberschulrat ist, sein Vertrauen aus.

Wir möchten das Zentrum warnen, auf diesen Bahnen weiterzufahren. Es hat offenbar die Folgen seiner Politik nicht bedacht. Ihm droht, erdrückt, zerquetscht zu werden und zum Schlusse gar zu ertrinken in einer Flut von Vertrauensgebungen. Man bedenke, wie viele Möglichkeiten bestehen, wenn man weiß:

- Hofheinz: 1. Vorsitzender der Staatspartei (Heidelberg), 2. Obmann des Badischen Lehrervereins, 3. Stadtoberschulrat.

- Lindensfelder: 1. Schriftführer der Staatspartei (Heidelberg), 2. Schriftführer des Badischen Lehrer-Vereins (Obmannkandidat), 3. Obmann des Dienststellenausschusses.

Und nun variere man

- 1 zu 2 zu 3; 2 zu 1; 2 zu 3; 3 zu 1; 2 zu 3; umgekehrt und bedenke,

daß erst zwei dieser Kundgebungen gefallen sind.

Man lache nicht und bezweifle ja nicht die Möglichkeit. Denn ungeahnte Möglichkeiten sind vorhanden.

Als Hofheinz auf Grund falscher Zahlen in Freyrsbad vor über 100 Vertretern der Lehrerschaft den Lehrstand, um seine eigenen Verdienste und die Verdienste der Koalitionsregierung, hervorzuheben, als Revolution- und Inflationsgewinnlerstand hinstellte, da klatschten sie begeistert Beifall, unbekümmert um das schiefe Licht, in das der ganze Stand geraten mußte, unbekümmert um die Folgerungen, die bei der heutigen Wirtschaftslage gezogen werden, unbekümmert um die tributheischenden Feinde. Keiner dachte an seinen Schulkalender mit dem vorzüglichen katifischen Material, wonach in ganz Baden nicht 3000, sondern nur 140 Stellen seit Vorkriegszeit mehr geschaffen wurden.

Nicht einmal der Presseberichterstatler war so schlau, diese falschen Zahlen wegzulassen. Sie waren berauscht, nicht von Schnaps, Wein, Bier oder dergleichen, sondern vom Honigsüß, der Hofheinzens Munde entströmte.

Und nun komme keiner und bezweifle die Möglichkeiten. Wir warnen!

## Aus einem „deutschen“ Senderprogramm.

Wie wichtig es ist, daß sich die nationalen Rundfunkhörer mit rücksichtsloser Schärfe gegen die gegenwärtige Zivilisationsseuche und Tendenzmache in den Rundfunkdarbietungen wehren, zeigt ein Vorkauf, den wir der „Preussischen Zeitung“ entnehmen. Danach wagte es die Ostpreussische Radiogesellschaft (Orag), um den ostpreussischen Juden an ihrem „Schabbas“ eine Freude zu bereiten, deren stärkste Partei die NSDAP ist, eine jüdische Plattfüßgeschichte vorzusagen, die zum Hohn mit dem König-Karl-Marsch eingeführt wurde. Ein „Schriftsteller“ mauschelte geschlagene zehn Minuten von der keuschen Rahel, die aus Liebe — wer wagt daran zu zweifeln, ihr werdet doch wohl nicht glauben aus Berechnung, liebe Rundfunkhörer — mit einem russischen Oberst durchbrannte, um dann zum Schluß in Konstantinopel einen abessinischen Prinzen kennenzulernen, der die durch Liebe in Elend und Schmutz geratene jüdische Dirne zur Kaiserin über sein Volk erhoht! Diesem jüdischen Nachtraum folgte der Kommandeurmarsch. Eine fabelhafte Zusammenstellung! Eine jüdische Sittengeschichte und als Umrahmung deutsche Marsch! Genügt dir diese Ohrfeige nicht, ostpreussischer Rundfunkhörer? Was gedenkt die Orag uns nächsten Sonntagabend aufzulassen, wenn man sich diese bescheidene Anfrage erlauben darf, und was gedenkt die Hörer zu tun?

noch mit überlegenem Lächeln seiner erinnern.

Wie betäubend diese planmäßige Verächtlichung Schillers auf den einseitigen Michel gewirkt hat, zeigte sich an einem besonders auffallenden Beispiel, als am 10. November 1929 der Geburtstag Schillers bei seiner 170. Wiederkehr notgedrungen in der Presse mit Gedenaufführungen begangen werden mußte. Damals brachte eine betont nationale, sonst gut deutsche Zeitung es fertig, aus der Feder eines namhaften Kritikers eine „Würdigung“ des Schiller'schen Lebenswerkes zu bringen, die nach einigen pflichtschuldigen Verbeugungen vor dem „edlen Menschentum“ des Dichters in der Behauptung gipfelte, daß die Bühnenwerke des größten deutschen Dramatikers heute völlig wertlos seien. Der Verfasser bezeichnete die Gestalten Schillers als „Theaterfiguren, die sich an ihren Drähten nicht wenden dürfen“ und „nur von vorn etwas vorseilen“, und erklärte die erhabene Wallenstein-Trilogie für eine „theatralische Aktion“ und eine „besser nicht zu überprüfende Erinnerung an die Zeit, da man andächtig fertiggestellte Meinungen übernahm“. Erfreulich scheint mir an diesen Auslassungen lediglich die Offenheit zu sein, mit der der Verfasser zu verstehen gibt, daß er seine Kindheitsmemoranden vorsichtshalber nicht „überprüft“, mithin das von ihm „gewürdigte“ Werk wohl seit seiner Schulzeit überhaupt nicht wieder gelesen hat.

Es ist schon so: dank des einschläfernden Giftes der Volksverderber hätte das alte Deutschland seinen Schiller vergessen. Und jenes bürgerlich-nationale Blatt hat mit seinem Schiller-Aussag noch einmal den schlaftrüben Dämmerzustand offenbart, in dem sich gewisse Ueberbleibsel des alten Deutschlands auch heute noch wohlfühlen. Wir aber dürfen mit Stolz feststellen: an den Schiller-Gedenktagen der letzten Zeit hat allein die nationalsozialistische Presse, diese aber einmütig, bewiesen, daß sie die gewaltigen Gleichnisse, die uns Schiller für die deutsche Gegenwart und die zu erkämpfende deutsche Zukunft in seinen Bühnenwerken bietet, verstanden hat und zu würdigen weiß. Noch einmal: nur dem erwachten Deutschen vermögen die großen Gestalten der deutschen Vergangenheit etwas zu sagen, — dem schlafenden bleiben sie stumm.

Wir aber wollen die schlafenden wecken, daß sie ihren Dichter wieder hören können. Je schneller uns dies gelingt, desto eher haben die Volksverderber ausgespielt.

erkannten sie in ihm den gewaltigen Gegenspieler, dessen Geist ihnen unablässig Gefahr drohte. Was not tat, lag auf der Hand: man mußte den Schillergeist ersticken oder — umfassen.

Es fehlte nicht an Versuchen, glauben zu machen, daß Schiller, zumal in der Zeit unvorbeugter Jugendkraft, im Grunde den gleichen volksgerstörnden Zielen nachgejagt sei wie die modernen „Menschheitsbeglucker“. Auf den „Fiesco“ berief sich der sogenannte „Republikaner“, der freimaurerische „Weltbürger“ auf den „Don Carlos“ und den Kommunisten erschien „Räuber Moor“ als ein gefundenes Fressen. Warum sollte man nicht glauben finden? Den unwissenden Massen, die das kapitalistische System vom Genuß deutscher Kultur- güter ausschloß, konnte man alles weismachen. Und dem oberflächlichen Spieler, der seinen Schiller ungelesen in Bücherstänken vergraben ließ, erst recht.

Peinlich war dabei nur, daß den Deutschen gewisse nationale „Phrasen“ aus Schillers späteren Bühnenwerken denn doch allzu geduldfähig waren. Aber dieser Widerspruch ließ sich überbrücken. Schiller hatte sich eben leider „rückentwickelt“. Er war halt im Laufe der Zeit vom Realisten zum Ideologen, vom Republikaner zum Fürstendiner, vom Weltbürger zum Nationalsozialisten, vom Revolutionär zum Ordnungspolitiker herabgesunken.

Um diese Fabeln aufrecht erhalten zu können, mußte man um jeden Preis verhüten, daß jemand auf den Gedanken kam, die Werke dieses längst verstorbenen Dichters etwa gar zu lesen. Den Schulmeistern freilich durfte man getrost gestatten, die Dichtungen so gründlich zu zerhacken und zu zerpfücken, bis sie den Schülern ungenießbar wurden. Außerhalb der Schule aber mußte Schiller zu einem „überwundenen Standpunkt“ gestempelt werden. Man verbreitete die Meinung, daß dieser Dichter mit seinem Edelkitsch zwar für die unreife Jugend recht geeignet sei, erwachsene Menschen aber sich nicht mit ihm beschäftigen dürften, ohne sich lächerlich zu machen. Dieser Schwärmer und Schwärmer war doch wahrhaftig nicht mehr zeitgemäß, und auf dem Theater nur noch erträglich, wenn ein genialer Regisseur die abgestandene Dichtung mit seiner eigenen, unvergleichlich interessanten „persönlichen Note“ verjah. Lesbar war dieser Dichter natürlich nicht mehr. Nach abgelaufener Schulzeit durfte sich ein zivilisierter Europäer nur

Am 9. die Schloß Karl Phil Frobe in ihren die Gruff 3. Gemahl höfischen die Traun und wenig Kurfürsten Gruff der Karl Th Schmidt München Kirchensta verhusalar 1794 vor und nicht die Stadt 1795 ein der Schlo kamen fill Glanz und lag sie fast lazarettmie Inzwi hatte sich Mannheim der vordan stan des die seit M Durch sein katholische kirchlichen ihren erlie Freilic Auge entz die mangel lich wurde polizeilich Gemeinde Denn nun und unter in ihrer ab Nun f vergangen. am 3 e si e einem leibf gedenken. die in ihr und sie, u egeführt Dabei ist nicht befele lebendigen.



Geschäfts Geschäft Gebd Fel Polit wigs Stellvertr. 2 Stellvertr. 3 Kassenverw Abrech Organistio Betriebszsch Bezugsfach Stum, Sozialam: Kommunalp Dpfering 3. Donner Landtagsfra Buchhandl S. A. Stant S. A. Kaffe Hitler-Juge Frauen-Ob Nationalsoj Steuerberach Verlag und Tel. 31 Verlagsleitu Schriftleitun Freitag Redakti Anzeigenab Anzeige Innach

### Zweihundertfeier der Mannheimer Schloßkirche.

Am Mittwoch, den 13. Mai, werden es 200 Jahre, daß die Schloßkirche in Mannheim in Gegenwart des Kurfürsten Karl Philipp feierlich eingeweiht worden ist.

Trobes und Grafes hat sie in dieser langen Zeitspanne in ihren Mauern gesehen. 1734 zog der erste Kurfürst in die Gruft unter dem Hochaltar ein, Violantia Theresia, die 3. Gemahlin des Kurfürsten. 1742 fand hier mit all dem höchsten Prunk jener Zeit durch den Erzbischof von Köln die Trauung des Erben der Kurpfalz, Karl Theodor, statt, und wenige Monate später die dreitägige Trauerfeier für den Kurfürsten Karl Philipp, der in prunkvollem Sarg in der Gruft der Kirche bestattet ward. Unter seinem Nachfolger Karl Theodor geschah noch manches, um die Schloßkirche zu schmücken und auszustatten. Als er dann aber 1778 nach München überiedelte, nahm er den größten Teil des reichen Kirchenschatzes der Schloßkirche, darunter den silbernen Hauptaltar mit nach München. Der Rest des Schatzes wurde 1794 vor dem drohenden Einrücken der Franzosen gesichert und nicht mehr zurückschickte. Dann ging der Krieg über die Stadt dahin und der ganze westliche Schloßflügel ward 1795 ein Opfer der Feuersglut. Erst an der Brandmauer der Schloßkirche brach sich die Wut der Flammen. Nun kamen helle Zeiten für die schmucke Kirche, die zuerst so viel Glanz und Prunk geschaut. Hinter blind gewordenen Scheiben lag sie fast vergessen da, bis sie im Krieg 1870/71 als Hauptlazarettunterlage verwendet wurde.

Zwischen war das vatikanische Konzil gewesen und hatte sich in seiner Folge eine alt-katholische Gemeinde in Mannheim gebildet. Auf ihren Antrag auf Wiltbenähung einer der vorhandenen Pfarrkirchen lenkte der damalige Amtsoberstand des Bezirksamtes ihren Blick auf die alte Schloßkirche, die seit Menschengedenken kirchlich nicht mehr benützt worden. Durch seine Vermittlung erbat und erhielt die junge alt-katholische Gemeinde die Schloßkirche vom Großherzog zur kirchlichen Benützung und feierte darin am 12. März 1874 ihren ersten Gottesdienst.

Freilich war damals all die Schönheit, die jetzt das Auge entzückt und das Herz miterhebt, durch das Alter und die mangelnde Pflege vielfach entsetzt und verdeckt. In schließlich wurden die Mängel so bedenklich, daß die Kirche baupolizeilich geschlossen werden mußte. Was aber erst der Gemeinde zum Leid war, ist ihr dann zur Freude geworden. Denn nun endlich wurden ihre Bitten und Gesuche erfüllt und unter sorgsamster Wahrung des Ursprünglichen die Kirche in ihrer alten Schönheit wieder hergestellt.

Nun sind 200 Jahre seit der Einweihung der Schloßkirche vergangen. Dieser Tatsache will die alt-katholische Gemeinde am Feste Christi Himmelfahrt, vorm. 10 Uhr, in einem leuchtigen Hochamte mit Festpredigt besonders gedenken. Es war ihr allzeit mit einer Aufgabe, die Kirche, die in ihrer Art ein Schmuckstücklein ist, liebend zu pflegen und sie, nachdem all ihre Veramente und ihr Kirchenschatz weggeführt worden, wieder in würdiger Weise auszustatten. Dabei ist ihr aber bewußt, daß der kostbarste Kirchenschatz nicht besteht in äußeren Dingen, sondern in einer innerlich lebendigen, betenden Gemeinde. Dr. St.

### Pg. Lenz in Mainz

Die in der Stadthalle abgehaltene Versammlung mit Pg. Lenz M.d.R. gestaltete sich wiederum zu einer imposanten Kundgebung und Treuebekennung zu unserem Führer Adolf Hitler. Unter schneidig gespielter Marsch der S.-A. Kapelle marschierten die braunen Kolonnen von mächtigem Jubel und Heilrufen der Anwesenden begrüßt, in die dichtgefüllte Stadthalle. Pg. Köbler erteilte nach einleitenden Worten dem Redner des Abends, Pg. Lenz M.d.R., der von den Versammlungsteilnehmern stürmisch begrüßt wurde, das Wort. Der Redner entwarf in wohlüberdachten Ausführungen ein wahrheitsgetreues Bild der von unseren Gegnern seit 12 Jahren getriebenen Katastrophenpolitik. Er richtete schärfste Worte gegen die sog. „Deutsche Volkspartei“, die in Thüringen ja klar bewiesen hat, wie weit es mit ihrem Deutschtum steht. Pg. Lenz behandelte dann eingehend die gegen uns gerichtete Notverordnung, die aller Demokratie widerspricht. Redner zeigte den Unterschied zwischen der Politik Bismarcks und Brünnings, wobei letzterer recht schlecht abschnitt. Verabschueungswürdig sei das Gebaren des Zentrums, denn es trage ihre verlogene Politik in die Kirche. Ein Zusammengehen mit dem Zentrum sei ausgeschlossen, da wir auf diese Heuchler verzichten, die heute für Krone und Altar kämpfen und morgen für den pazifistischen Gummiknüppel und für den Juden. Weder Gehehe, Gummiknüppel und Staatsanwälte können uns mürbe machen. Nein, Härte und Verbissenheit wird uns den Erfolg unserer Sache erzwingen.

Stehend sangen die Massen das Horst-Wessel-Lied!

### in Gaggenau

Pg. Lenz, M. d. R., sprach in der überfüllten Gombriushalle in Gaggenau über das Thema: „Heraus aus Not und Leid“. Zunächst befahte er sich mit den neuesten Notverordnungen, die eigentlich das heute in Deutschland maßgebende Gesetz seien. Durch sie ist die Grundlage des heutigen Staates, die Weimarer Verfassung, außer Kraft gesetzt und es wäre dringend nötig, daß an den deutschen Universitäten eine besondere juristische Fakultät geschaffen würde, in der die Polizei in der Handhabung der derzeitigen Unterdrückungsmassnahmen ausgebildet wird. Der Redner gestellte dann in scharfen Worten die feitherrige Politik der SPD. und des verlogenen Zentrums. In herrlichen Worten widerlegte Pg. Lenz die Behauptung der schwarz-roten Verleumder: Nationalismus und Sozialismus händen sich wie Feuer und Wasser gegenüber. Stürmischer Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen. Wie immer, wagte es kein Vertreter der roten und schwarzen Verleumder, zur Diskussion zu sprechen. Im Schlusswort hielt Pg. Lenz Generalabrechnung mit den heutigen Regierungsparteien. Sein Schlusswort endete mit der Forderung: Das deutsche Volk muß sich die Inschrift des Denkmals der Gefallenen von Langewald zu eigen machen. „Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen.“ Wie überall, so ist auch in Gaggenau Horst-Wessels-Lied zum Volkslied geworden, das die Massen mit Begeisterung sangen.

### und in Lörrach

Pg. Lenz M.d.R. sprach am vergangenen Montag im dichtgefüllten Saale des „Storchens“ über: „Von roten Ketten macht Euch frei allein die deutsche Volkspartei“. Eine Anzahl Schweizer, die allmählich dem Baseler Zeitungsquatsch nicht mehr glauben, sind nach Lörrach geeilt, um selbst einmal Zeuge zu sein, wie weit eigentlich die Zeitungsberichte mit der Wahrheit übereinstimmen. Die stramme S.-A. in ihrer schmutzigen Uniform, die sie zum ersten Male wieder tragen durfte, wurde begeistert begrüßt. Wie ganz anders war deren Haltung, als die des roten Volksnachwächters, der mit aufgewärmten Schauerwürchen „aufklären“ wollte. Pg. Lenz unterrichtete ihn dann, wie man in einer Diskussion sprechen muß, um Anhang zu finden. Er widerlegte diesem Velschheitsapostel seine Lügen, die er aus einer roten Journaille eingenommen hat. Die Anwesenden brachen in Beifallsstürme aus und selbst die Schweizer waren von Pg. Lenz begeistert. Mit unserem Kampflied schloß die Versammlung.

### Das deutsche Buch.

3f die moderne Frau das Ideal des Deutschen?

Ungefähr seit 1918 können wir beobachten, daß die Ver-nichtung der Gesellschaft, die Volkswildierung der Familie und des Volkes auf allen möglichen Wegen in die einzelnen Völker hineingetragen wird. Das Ziel der Weltrevolution ist, einen Menschenbrei ohne sittliche Bindungen und damit ohne Widerstandskraft, den Ausbeutern gegenüber zu schaffen. In welchem Ausmaß dieser Plan heute schon gelungen ist, kommt dem völkischen Betrachter tagtäglich in erschreckender Weise zum Bewußtsein. Mögen in Sowjet-Rußland, in den Vereinigten Staaten, in England, das noch vor wenigen Jahrzehnten gegen diese moderne Seuche beinahe gefest schien, die Zustände noch schlimmer sein wie bei uns; auch im deutschen Volk beginnt die Frauenfrage in ein gefährliches, ja tödliches Stadium zu treten. Im Maiheft des „Weltkampfes“ (Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder — Deutscher Volkverlag, Dr. C. Doepf, München, Preis RM 2.40 — Schill. 4.10 vierteljährlich, RM — 80 — Schill. 1.40 Einzelheft und Porto) befaßt sich Hans Hauptmann mit dem Thema „Die moderne Frau — die deutsche Frau“. Er sieht über die Tatsachen und die Gründe der Abkehr vieler deutscher Frauen von ihrer Bestimmung und ihrer Pflicht Klarheit zu schaffen und kommt zu erschütternden Ergebnissen. Der Leser muß seine Ausführungen als richtig und treffend anerkennen, von dem wirklich deutsch gebildeten Frauen aber muß erwartet werden, daß sie den Kampf gegen die Entartung aufnehmen und ihre Geschlechts-genosseninnen zurücksühren zu ihrer erhabenen Aufgabe. Ausgangspunkt für starke, gesunde und hochstehende Geschlechter im zukünftigen dritten Reich zu werden. Wer sich für die „Weltkampf“-Arbeit, die diese und ähnliche Gebiete behandelt, interessiert, möge beim Verlag unerbittlich ein Probeheft anfordern.

Nationalsozialismus und Katholische Kirche, 2. Teil: Antwort auf Kundgebungen der deutschen Bischöfe. Von Univ.-Prof. Dr. Johannes Stark, 24 Seiten, 80. Brosch. 30 Pfg. München 1931. Verlag Frz. Ehr. Necht, G. m. b. H.

Die von den katholischen Bischöfen in letzter Zeit erlassenen Kundgebungen bejaugen, daß Katholiken nicht der Hitlerpartei angehören dürfen. Zu diesen Erlassen wird nun von nationalsozialistischer Seite Stellung genommen und zwar von Universitätsprofessor Dr. Johannes Stark, der schon vor kurzem die Kirchenpolitik der NSDAP. in einer umfangreichen Broschüre darlegte. Wie aus der Einleitung hervorgeht, begrüßt die NSDAP. die bischöflichen Verlautbarungen, denn sie enthalten die Angaben, auf Grund deren es dem Katholisch-Stäubigen angeblich unmöglich sei, sich zur Hitler-Partei zu bekennen. Der Verfasser versucht nun, jeden einzelnen Erlaß zu widerlegen und man muß gestehen, daß dies ihm vorzüglich gelungen ist. Nachdem sich die kirchlichen Erlasse auf „Informationen“ aufbauen, die von der Zentrums- und Bayer. Volkspartei-Presse stammen, also politisch einseitig geführt sind, werden sie nicht umhin zu dieser neuen wichtigen nationalsozialistischen Verlautbarung Stellung zu nehmen.

### Der Deutsche Kriegerbund schreibt:

Für unsere Frontkrieger!

Das „Badische Feld-Ehrenkreuz“ am gelb-roten Ordensbunde ist noch vielen Kriegsteilnehmern unseres Bezirkes unbekannt. Die Zuerkennung des Ehrenzeichens nebst Befähigung erfolgt nach Prüfung des Antrages durch den Deutschen Krieger-Bund 1914/18 e. V., Landesgeschäftsstelle „Süddeutschland“ Freiburg i. Br., Guntramstraße 16. Auskunft und Antragsbogen sind dafelbst unter Beifügung von 40 Pfg. in Briefmarken anzufordern. Die Verleihung geschieht entsprechend den erlassenen Bestimmungen des Reichsministeriums des Innern.

Auskunft über den Bund und die Kriegs-Ehren- und Erinnerungskreuze von Preußen, Sachsen, Württemberg und Bayern, sowie der staatl. kgl. ungarischen Kriegserinnerungs-Medaille und der staatl. Landesdenkmünze von Tirol 1914/18 (für Ostfront, Balkan etc. und Italienfront) wird ebendafelbst erteilt. — Der D. K. B. 1914/18 e. V. steht unter dem Protektorat hoher Persönlichkeiten des Weltkrieges 1914/18.

### Am 15. Mai spricht

### Dr. Goebbels in Mannheim

### Nationalsozialistischer Lehrerbund.

Beiz, die Mitglieder, welche dem Bad. Lehrerverein angehören! Der Kandidat für den Obmannsposien im Bad. Lehrerverein, Herr Lindenfelser, wurde sowohl durch Einschreibebrief, als auch durch den „Führer“ (26./27. 4. 31) aufgefordert, Stellung zu nehmen zu den Ausführungen des Herrn Hoffeiz und zur einseitigen Haltung der Badischen Schulzeitung. Er hat bis jetzt nicht geantwortet. Daraus ist ersichtlich, daß der alte Kurs weitergeht.

Zur Wahl ist deshalb folgende Stellung einzunehmen: Alle Mitglieder beteiligen sich an der Wahl. Zum Protest wird aber die Liste durchgeschickt. Jeder ist verpflichtet, für die Weiterverbreitung zu sorgen. gez. Lenz.

Herausgeber u. Verleger: Karl Lenz, M. d. R. für den Gau Baden. Hauptgeschäftsführer und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Fritz Hoas, für Anzeigenteil: Otto Heller, beide Mannheim. Buchdruckerei: Schmalz & Pöschinger, Mannheim.



Bezirk Groß-Mannheim. Geschäftsstelle Mannheim, P 5, 13 a. Telefon 317 15. Geschäftsstunden von 8-12 und 14-19 Uhr. Geld- und Einschreibebefendungen: NSDAP. Mannheim, Hans Felt, P 5, 13 a. Postcheck-Konto: Ernst Röltner, Mannheim, Konto Ludwigshafen 18 375. Stellvert. Bezirksleiter: Dr. Otto Orth, Di. u. Fr. 14-19 Uhr. Stellvert. Ortsgruppenleiter: Hans Felt, 16-18 Uhr. Kasserverwaltung: Loewe. Täglich von 10-12 und 16-18 Uhr. Abrechnung für Beiträge der Sektionskassiere v. 15.-18. Id. Mts. Organisation und Propaganda: Trautwein, 10-12 u. 16-18. Betriebszellen-Abteilung: Tögllich von 10-12 u. 16-18 Uhr. Bezirksfachberater für Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfragen: Sturm, Dienstag und Donnerstag 16-18 Uhr. Sozialamt: Hänser, Mittwoch 18-19 Uhr. Kommunalpolit. Abteilung: D. Kother. Opferring „Deutsche Freiheit“: Dipl.-Ing. A. Fehrmann. Donnerstag 18-19 Uhr. Postfach: Ludwigshafen 5087. Landtagsfraktion: Prof. D. Kraft, Mi. von 17-19 Uhr. Buchhandlung: Ernst Röltner, 9-12 und 14-19 Uhr. S.-A.-Standarte: Feit, Samstags von 16-18 Uhr. S.-A.-Kasse: Schmidt, täglich v. 17-19 Uhr, außer Mi. u. Do. Hitler-Jugend: Koffer, Samstags von 16-18 Uhr. Frauen-Orden: Frau A. Roth, Donnerstags 16-17 Uhr. Nationalsozialistische Lesehalle, P 5, 13 a. 9-12 und 14 1/2-18 Uhr. Steuerberatung: Erhard, Dienstags von 17-19 Uhr. Verlag und Schriftleitung „Das Hakenkreuzbanner“: U 6, 24, Tel. 317 15, Nebenanschl. Verlagstestung: Kunkel, täglich 10-12 und 16-18 Uhr. Schriftleitung: F. Hoas, täglich 10-12 und 16-18, Dienstag und Freitag nur 16-18 Uhr. Redaktionschluss: Montag und Donnerstag 12 Uhr. Anzeigenabteilung: Heller. Anzeigenannahme: U 6, 24 u. P 5, 13 a. tägl. 8 1/2-12, 14-18 Uhr. Annahmeschluss für Anzeigen: Montag u. Donnerstag 12 Uhr.

### Lenz-Versammlungen.

Pg. Lenz, M. d. R., spricht:

Dienstag, den 12. Mai, in Halle, Freitag, den 15. Mai, in Mannheim.

### Schriesheim.

Donnerstag, den 14. Mai (Himmelfahrtstag), abends 8 Uhr, findet im Saale zum „Adler“ ein

### Deutscher Abend

statt. Mitwirkende: Die S.-A.-Hauskapelle und Mädchen-gruppe Schriesheim.

Redner:

Pg. Kreistat Plattner, Karlsruhe, und Dr. Roth, Karlsruhe.

### Der Freiheit eine Gasse!

Die Einwohnerschaft Schriesheims und der gesamten Umgebung sind zu diesem Abend eingeladen.

Ortsgruppe Schriesheim.

### Achtung!

Pg. gesucht, die während ihrer Militärzeit bei Proviant-ämtern und bei der Küche beschäftigt waren.

Sturmabführer 1/4.

Eintrittskarten für die Goebbels-Versammlung am Freitag im Mannheimer Aibelungsaal sind nur noch in beschränkter Anzahl zu haben. Die Eintrittskarte für Kriegsbeschädigte und Erwerbslose zum Preis von 20 Pf sind ab heute auf der Geschäftsstelle und am Freitag an der Abendkaffe erhältlich.

### Achtung Sektionsleiter!

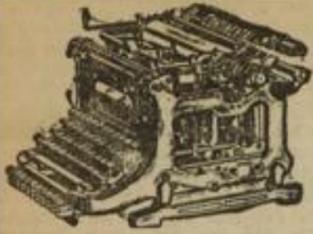
Nichtverkaufte Eintrittskarten von der Goebbels-Versammlung müssen nach Möglichkeit am Freitag nachm. bis 7 Uhr auf der Geschäftsstelle abgeliefert werden. Die Gesamt-abrechnung hat innerhalb der vorgeschriebenen Zeit (5 Tage nach der Versammlung) zu erfolgen.

### Aufruf!

Nationalsozialistischer deutscher Kriegerbund Gau Baden!

Mitte Mai findet in Baden-Baden die Goutagung des NS.-Deutschen-Kriegerbundes statt, zu der an die Mitglieder Einladung ergeht.

Kerzte, Apotheker, Tierärzte und Zahnärzte, die noch nicht dem Bunde angeschlossen sind, werden gebeten, sich bei dem Gauobmann Dr. med. Pakheiser, Heidelberg, zu melden.



# Continental-Standard- u. Continental-Klein-Schreibmaschine

Gebrauchte Maschinen werden in Zahlung genommen.

Generalvertrieb: **Karl Herr, Mannheim L 1, 2** · Fernsprecher Nr. 21518

**Verblüffend**  
ist die  
neueste  
**Preis-  
ermäßigung**  
für  
**Trefzger  
MÖBEL**

Verkaufsstelle:  
**Mannheim**  
O 5 1  
Südd. Möbel-Industrie  
GEBR. TREFZGER · C. M. O. H. RASTATT

Während den Werbetagen  
verkaufe ich **1 Restposten**

## Kammgarn-Anzüge

nur gute Qualität  
**farbig RM 35.- bis 48.-**  
**blau**, reines Kammgarn auf  
K'Seide Serge gefüttert jeder  
Anzug z. Ausschauen **RM 48.-**

Herrenkleider-Etage  
**Mannheim P 2, 2 LUTZ**

## Nationalsozialistische Frauen!

Gewaltig ist die Macht der Frau in wirtschaftlicher Beziehung. Als Vorsteherin der Familie gleitet durch Ihre Hände das Geld, das der Mann in harter Arbeit verdient. Und auf diesem Gebiete kann gerade die nationalsozialistische Frau unendlich viel Gutes leisten.

**Werft die Judenzeitungen aus eurer Wohnung!**  
**Kein Haushalt ohne die nationalsozialistische Zeitung „Das Hakenkreuz-Banner“!**

Kauft nur beim nationalsozialistischen Geschäftsmann, oder beim Inserenten des Hakenkreuzbanners. Stärkt wirtschaftlich nur jene Kreise, die sich zu uns bekennen!

Erklärt bei jedem einzelnen Einkauf:  
**Ich komme auf Ihr Inserat im Hakenkreuz-Banner**

### PREISABBAU IN DER TAT! KAPOK - MATRATZEN

HEUTE NUR NOCH: Telefon 27833

**45.- 55.- 65.-**

Eigene Herstellung - Beste Verarbeitung  
Garantiert reiner Java-Kapok - Bester Leinendrell  
**LUTZ** POLSTER-  
WERKSTÄTTE T 5, 18  
Zwangslos Besichtigung erbeten. Zahlungsvereinfachung 256

### Schuh-Reparaturen Wo?

Nur beim **„Finken Ludwig“**  
S 2, 9, Mannheim R 4, 22  
J 4, 5-6  
Sofortige Abholung und Zustellung

### Achtung! Hausfrauen!

Sie selbst reinigen Ihre getünchten  
aber rußigen  
Decken, Tapeten od. Wände in 1 Stunde  
auf Neu.

Kein Staub oder Schmutz, daher kein Aus-  
räumen der Zimmer notwendig.  
Preis pro Dose, ausreichend für eine ca. 12 qm  
Decke und Tapete frei Haus RM 3.-.  
Bestellungen unter Nr. 517 an d. Verlag.

### AUTOMOBIL-SÄTLEREI Heinrich Schneider, Mannheim

Anfertigung sämtl. Sattlerarbeiten, Polsterbezüge,  
Allwetter-Verdecke, Gummimatten, Reihenhüllen,  
Kühlerhauben, Kabriolett-Verdecke und  
Federschutz-Gamaschen  
D. R. G. M.

### Erwerbslosen- und Kriegsbeschädigten- Eintrittskarten zur Gübels-Versammlung

am Freitag, den 15. Mai 1931 nur im be-  
schränkten Maße gegen Vorzeigung eines  
Ausweises auf der Geschäftsstelle P 5, 13a  
und Abendkasse erhältlich.

Eintrittspreis RM -.20, Einlaßgebühr RM -.10.  
**NSDAP., Ortsgruppe Mannheim**

### Schlaf- Zimmer

Edle, wunderschöne,  
vorjahr. Modell, wirklich  
zuverlässiges solides Ja-  
brat, volle Flächen, be-  
stehend aus: 1 großer  
3 türiger Schrank, zwei  
Meter breit, m. Innen-  
spiegel, 1 Wascht. mit  
w. Marmor u. elegant.  
Dressspiegel, 2 Bettstell.,  
2 Nachttische m. weißem  
Marmor, 2 Stühle, 1  
Handtuchhalter. Um mit  
dem Schlafzimmer rasch  
zu räumen, haben wir  
den Preis von 850.-  
auf 620.- RM. herab-  
gesetzt. Für so wenig  
Geld können Sie nir-  
gend ein so solides  
Schlafzimmer m. groß.  
Schrank, welches bei-  
den Wert besitzt, er-  
halten, eine solche Ge-  
legenheit ist selten.

Neues kau-  
nuß. poliertes  
**Schlafzimmer**  
herrliches Stück, anstatt  
1050.- RM  
für nur **RM 600.-**  
177 abzugeben.  
**Seeburger, S 4, 16**

### Achtung! Zigarrenhändler

decken Bedarf nur  
b. Parteigenossen ein.  
(Karte genügt.)

**Christ. Villhauer**  
Zigarrenfabrik  
Reilingen i. B.

### Schwalbach

M 7, 12a (am Zatterfall)

### Tapezier-, Polster-

und Linoleumarbeiten  
werden fachgemäß bei  
mäßiger Berechnung  
ausgeführt. 403

**Valentin Thome**  
Pflögergrundstraße Nr. 7

### Bügel-Fix

F 5, 9 - Tel. 25370

Freie Abholung und Zustellung  
**Expres-Dampf-  
Bügel - Anstalt**  
Die modernste und billigste Kleiderpflege

**Lacke, Farben  
Putzartikel  
Schiffsartikel**

**Josef Hermann**  
Mannheim G 7, 17  
Telefon 326 73

## GUTSCHEIN

(Gültigkeit bis auf Weiteres)

Dieser Gutschein berechtigt  
Sie zur Aufgabe eines 20 mm  
hohen einspaltigen

### Stellengesuch An- u. Verkäufe Vermietung von möbl. Zimmern

zum Ausnahmepreis von nur

### 50 R.-Pfennigen

Jede Mehrzeile wird mit  
7 Pf. pro mm-Zeile berechnet

„Das Hakenkreuzbanner“  
Anzeigenabteilung: U 6, 24

Name: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_

**August Hess**  
Möbel - Werkstätten  
Telefon 441 78  
**MANNHEIM**  
Schwetzingerstraße 98

Anfertigung von  
Wohnungseinrichtungen u.  
Einzel-Möbel. Sündiges  
Lager in Muster-Zimmern  
Lieferung frei Haus.  
Kein Zwischenhandel.

## SCHUH

Reparatur - Werkstätte  
**Expres**

Verwendung von erstklass.  
Markenleder unter billigster  
Berechnung

**Gust. Kannewurf**  
Schwetzingerstr. 158 - Tel. 400 95  
Freie Abholung und Zustellung

### Spezialwerkstätte für Klubmöbel

**Hans Müller, Mannheim**  
nur Große Wallstraße 10  
Telefon 424 20

Tapezier-Arbeiten, Auf-  
arbeiten und Neuanfer-  
tigung von Polstermöbel  
und Matratzen, Zimmer-  
tapezieren billigst. 69  
Chaiselangen v. RM 30 an  
**W. FREY**  
Luisenring 82 (Zeilhof).

**Karl Link, Oftersheim**  
Viktoriastr. 7

Vertrieb des Hakenkreuzbanners  
für Schwetzingen u. Oftersheim.

### Ortsgruppe Schriesheim

Den Vertrieb des  
**Hakenkreuzbanners**  
hat Pg. Liepelt, Bahnhofstraße.  
Bestellungen werden jederzeit ent-  
gegengenommen.

### Adam Ammann

Spezialhaus  
für Berufskleidung

**Qu 3, 1**  
Fernsprecher 332 80

## Café „NIEDLICH“

am Herchelbad T 3, 10

Gut bürgerlichen  
**Mittags- und  
Abendisch**  
50, 20 u. 85 Pfennig

**Densjon Becker**  
F 3, 13a

**Victoria - Drogerie**  
**Chemikalien  
Drogen  
Photo**

**Dr. A. Wesch, Mannheim**  
Schwetzingerstr. 26 / Tel. 428 94  
Schuhmacherel 403

# Meidet Warenhäuser, Konsumvereine und jüdische Ramschbazare! Tätigt Euer Einkäufe nur bei unseren Inserenten!